

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

30.10.1923 (No. 249)

Badischer Beobachter

Verlagspreis (freibleibend) durch Träger Nr. 1.500.000.000, (b.d. Abh. in Karlsruhe 1.400.000.000) wöchentlich. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatschluss erfolgen.

Redaktion: Wirtschaftliche 535.

Verlegerin und Herausgeberin: Alt.-Gel. „Badenia“ (Wilhelm Jöhner, Direktor), Notationsdruck der „Badenia“ Alt.-Gel. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Druckadresse: Beobachter, Postfach-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Verlags einmal täglich. — Zeilen: „Blätter für den Familien- und „Fränkischer“ — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen: Anhabung: vormittags 8 Uhr.

Dauerschreiber: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer für den Nachrichtenenteil, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. S. A. Berger für die Anzeigen: K. Buraler, Antliche in Karlsruhe. Anzeigenpreis: 1.000.000.000. (b.d. Abh. in Karlsruhe 1.000.000.000) wöchentlich. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatschluss erfolgen.

Die sächsische Regierung ihres Amtes enthoben.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident Ebert hat nachstehende Verordnung erlassen:

Auf Grund des § 46 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Freistaates folgendes:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Geschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die Verordnung betrifft die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung des Reichsgebietes nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Berlin, den 28. Oktober 1923.

Der Reichspräsident: gen. Ebert.
Der Reichskanzler: gen. Dr. Stresemann.

Verbot sämtlicher kommunistischer Zeitungen. Dresden, 29. Okt. Der Militärbefehlshaber hat das Ersetzen sämtlicher kommunistischer Zeitungen in Sachsen bis auf weiteres verboten. Die Druckereien werden polizeilich besetzt.

Reichskommissar Dr. Heinze. Berlin, 29. Okt. Der Reichskanzler hat den Minister a. D. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Regierungsgebäude, Landtag und Dresdener Telegraphenamt von Reichswehr besetzt. Das Gebäude des Gesamtministeriums, sowie das Finanzministerium, das Landtagsgebäude und das Telegraphenamt sind in den letzten Nachmittagsstunden von Reichswehrtruppen besetzt worden.

Der sächsische Finanzminister entsetzt. Die ehemaligen Minister des Freistaats Sachsen verließen auf die von Hauptmann O. L. H. überbrachte Aufforderung hin das Ministerialgebäude. Lediglich der kommunistische Finanzminister Böttger weigerte sich, das Gebäude zu verlassen und wurde darauf inmitten von zwei Reichswehrsoldaten unter Begleitung eines Offiziers aus dem Gebäude befördert — eine für die Massen bestimmte agitatorische Geste. An Stelle des bisherigen Finanzministers Böttger wurde Ministerialdirektor Dr. Rüst, bisher Chef der 2. Abteilung des Finanzministeriums zum Reichskommissar mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums betraut.

Aufhebung des Landtagsverbots. Das Verbot des Landtagszusammentritts, das für die Zeit des Bestehens der Reigner-Regierung galt, ist zurückgenommen worden.

Der Zusammentritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Berlin, 30. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist vom Parteivorstand telegraphisch für Mittwoch nachmittag 1/2 Uhr zusammenberufen worden.

Dreitägiger Generalstreik. Dresden, 30. Okt. Von heute früh ab ist ein dreitägiger Generalstreik als Protest gegen die Absetzung des Kabinetts Reigner für ganz Sachsen beschlossen worden. Der Generalstreik ist ausgerufen worden von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei, sowie den Spinnengewerkschaften. An der Sitzung, die den Generalstreik beschloß, nahmen auch die beiden kommunistischen Ex-Minister Böttger und Hedert teil.

Die Instruktionen für Dr. Heinze. Berlin, 30. Okt. Die Instruktionen, die Reichskommissar Dr. Heinze erhalten hat, belegen folgendes:

1. Der Zweck der Verordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars ist die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Sachsen.
2. Mit verfassungsmäßigen Zuständen ist die Teilnahme kommunistischer Minister in der Regierung unvereinbar, da deren Partei zu Gewalttätigkeiten auffordert.
3. Zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist die Bildung einer neuen Regierung erforderlich, in der sich kein Kommunist befindet und hinter der die Mehrheit des Landes steht.
4. Solange eine neue Regierung nicht gebildet ist, werden die Rechte der Regierung auf den Reichskommissar über.
5. Der Reichskommissar ist angewiesen, die Herstellung der neuen Regierung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Sitzung des Reichskabinetts. Berlin, 30. Okt. Der Vorwärts berichtet: Gestern abends halb 10 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, die bis gegen 11 Uhr dauerte. Die sozialdemokratischen Minister gaben ihre Zustimmung über die Dresdener Heinze-

Krücker-Wirtschaft aus schärfste zum Ausdruck. Sie werden ihre weiteren Entscheidungen im Einvernehmen mit der Partei einbringen. Unter diesen Umständen kommt der heutigen Sitzung des Fraktionsvorstandes und der morgigen Sitzung der Fraktion eine außerordentliche Bedeutung zu. Reichswehrminister Dr. Gessler ist plötzlich erkrankt.

Der Parteivorstand der S.P.D. zur Lage.

Berlin, 30. Okt. Der Vorstand der S.P.D. hat am Montag zu dem jüngsten Vorhaben des Reichskanzlers gegen die sächsische Regierung Stellung genommen. Der Parteivorstand hält das Vorhaben der Kommunisten in Dresden für unverträglich mit den Interessen der Republik. Die kommunistische Partei hat damit zugleich die Grundlagen zerstört, auf denen seinerzeit der Versuch der gemeinsamen Regierungsbildung unternommen wurde. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß nach dem Gamburgener Kommunistenputsch und dem Dresdener Vorgängen das Verbleiben von Kommunisten in der sächsischen Regierung unmöglich ist. Trotzdem hält der Parteivorstand das Vorhaben des Reichskanzlers, der in Dresden einen Reichskommissar einsetzt und die verfassungsmäßig gebildete Regierung ausgeschaltet hat, für nicht gerechtfertigt. Außerdem hätte mit größerem Recht die bayerische Regierung ausgeschaltet und in München ein Reichskommissar eingesetzt werden müssen. Der Parteivorstand wird sich sofort um eine Entspannung der Situation in Sachsen bemühen. Er wird dann am Mittwoch mit der Reichstagsfraktion zu den zwischen dem Reich, Bayern und Sachsen bestehenden Differenzen Stellung nehmen.

Noch keine Klärung im bayrischen Konflikt.

Die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei. — Für Aahr und Loffow. — Für Wiederherstellung der Landeshoheiten.

München, 29. Okt. Die Bayerische Volkspartei hielt gestern eine Versammlung ab, die sich im Anbetracht der Bedeutung der schwebenden politischen Fragen eines sehr starken Belustes zu erfreuen hatte. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Verhalten des Parteivorstandes der Landtagsfraktion, Geh. Rat Dr. Held, über die politische Lage in Bayern. Nach den Ausführungen Helms ist der Ausnahmestellung in Bayern nicht ein Augenblicksprodukt, sondern ist von verantwortlichen Männern verhängt worden wegen der wachsenden Gefahren in Bayern. Schon seit Wochen sei der Gedanke einer außerordentlichen Festnahme erwogen worden. Von der Bayerischen Volkspartei sei der Vorbehalt ausgegangen, Herrn v. Raab als Generalkommissar zu bestimmen. Im Falle Loffow hält der Redner als unmöglich, daß die Staatsregierung, welche den Weg des bedrückten Rechts gegangen sei, im General fallen lasse. Die eigentliche Quelle all dieser Konflikte sei der falsche Ausbau der Weimarer Verfassung. Der Redner forderte für Bayern die Finanz- und Verfassungshoheit und die Verfügung über den bayerischen Teil der Reichswehr in ähnlichem Ausmaß wie vor dem Kriege. Trotz schwerer Enttäuschungen wohnt auch Geh. Rat Held dem den Beratungen kurze Zeit bei und ermahnte in einer kurzen Ansprache die Parteifreunde in dieser furchtbar engen Zeit nicht an Kleinigkeiten herumzuzögeln. Dr. Heim forderte die Partei auf, sich hinter die Staatsregierung und den Generalstaatskommissar zu stellen. Zu den gegen seine Person erhobenen Vorwürfen hinsichtlich des Separatismus bemerkte Dr. Heim: Mein Gewissen ist rein. Ich habe nie einen Schritt unternommen, der nicht darauf abgesehen gewesen wäre, Deutschland zu helfen. Da heißt es immer wieder, Dr. Dornier habe jahrelang mit Dr. Heim verkehrt. Ich habe Dr. Dornier ein einzigesmal im Jahre 1919 getroffen. Sobald ich seine politischen Ziele erkannt hätte, war er für mich erledigt. Seit 1920 habe ich weder direkt noch indirekt Beziehungen zu ihm gehabt. Zum Falle Loffow äußerte sich Dr. Heim dahin, daß so, wie man sich in Berlin die Lösung denke, die Dinge nicht gingen. Ministerpräsident Dr. v. Brüning verwarf die Forderung, daß die bayerische Regierung einen Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns im Falle Loffow durchkreuzt hätte. Dr. Brauns sei erst zu ihm gekommen, als die Abberufung Loffows der bayerischen Regierung bereits amtlich notifiziert war. Im übrigen begründete der Ministerpräsident eingehend die bestimmte Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zum Konflikt. Neu war die Feststellung, daß der Artikel der Reichsverfassung zum Verbot des Reichlichen Beobachters veranlaßt hatte, schon vor dem Erlass des Reichsausnahmestellungsbefehles erschienen war. Die Ansprache ergab die einstimmige Billigung der Schritte der bayerischen Regierung, des Generalstaatskommissars und der Parteileitung.

Der frühere Ministerpräsident Graf Lerchenfeld sprach sich dahin aus, daß die Forderung, welche in der Loffow-Frage in Berlin gemacht worden seien, zureichend wären. Zum Schluß wurde eine längere Entscheidung angenommen, in der der bayerischen Staatsregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten Dr. v. Brüning, und dem Generalstaatskommissar der wärmste Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen wird.

Die abgesetzten Pfalzautonomen.

Die Pfälzer Sozialdemokraten gegen die Loslösungsbestrebungen. Ludwigshafen, 29. Okt. Eine am Samstag abgehaltene Konferenz des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz hat an die pfälzische Arbeiterklasse folgenden Aufruf gerichtet:

„Von allen Seiten mehrten sich die Nachrichten, daß die Separatisten jetzt die Zeit für gekommen erachten, die Pfalz vom Reich loszulösen. Unbestimmt darum, wie der Einzelne sich zu den Vorgängen der letzten Tage stellt, rufen wir die Arbeiterklasse der Pfalz, insbesondere die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften auf, wie bisher so auch in Zukunft ihre volle Schulpflicht im Abwehrkampf gegen alle Loslösungsbestrebungen zu tun, um die Pfalz beim Deutschen Reich zu erhalten.“

Der Aufruf ist auch vom Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratie mitunterzeichnet.

Beurteilung der Vorgänge in der Pfalz.

Nürnberg, 30. Okt. Eine stark besuchte Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Bayerns faßte nach Neben des Reichstagsabgeordneten Müller-Franken und des Landtagsabgeordneten Endres zwei Entschlüsse. Der erste befaßt im wesentlichen die ganze Unhaltbarkeit der heutigen Zustände, dadurch charakterisiert, daß die bayerische Regierung die Gehörlosungsverweigerung eines höheren Reichswehroffiziers gebilligt und gebet und der Generalstaatskommissar erklärt hat, er verhandle mit der Reichsregierung nicht. Unerschütterlich und zu allen weiteren Opfern bereit steht die Sozialdemokratie zum Reich. Sie erwartet aber auch auf das bestimmte, daß nunmehr die verantwortlichen Reichsstellen ihren Pflichten nachkommen, Stütze der Reichsverfassung und Reichseinheit durch die Tat zu sein.

In der zweiten Entschlußfassung heißt es: Durch die Ereignisse im rechtsrheinischen Bayern veranlaßt, die Pfalz zu einem selbständigen Staate im Rahmen des Reichs machen zu müssen. Daß sie keinen Führer deutschen Gebietes an Frankreich ausliefern wollten, steht für uns fest. Ungeachtet dessen verurteilt die Landeskonferenz dieses Vorhaben, da der Weg der verfassungsmäßigen Selbständigmachung deutschen Landes in der Verfassung genau vorgeschrieben ist. Die Landeskonferenz lehnt die Verantwortung für die von Pfälzer Sozialdemokraten verführte Politik nachdrücklich ab.

Das Treiben der Separatisten.

Belagerungszustand in Düsseldorf. Düsseldorf, 29. Okt. Infolge der zunehmenden Klinderungen in Düsseldorf ist der Belagerungszustand zwischen 6 Uhr abends und 5 Uhr morgens verhängt.

Ein Kommando der bayerischen Polizei wurde bei einer Klinderung mit Steinen beworfen. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, wobei auch eine Handgranate geworfen wurde, durch die fünf Beamte teils schwer verletzt wurden. Die Polizei ist zu schwach, um den fortgesetzten Klinderungen Einhalt zu tun.

Gewaltregime der Sonderbündler in Trier.

Köln, 29. Okt. In Trier haben die Sonderbündler ein wahres Schreckensregime errichtet. Um sich Geld zu verschaffen, haben sie die Druckerei des städtischen Notgeldes gezmungen, das Geld für sie weiter zu drucken, obwohl die Herstellung für die Stadt schon eingestellt ist. Kaufleuten und Privatverden die Kraftwagen beschlagnahmt. Die Beschlagnahme der Leute der Sonderbündler wird in den städtischen Notgeldes durchgeführt, wo diese mit Gutführen der Sonderbündler befaßt. Besonders Gewicht legen die Sonderbündler auf die Gewinnung der Eisenbahnen, auf die deshalb alle möglichen Druckmittel ausgeübt werden. In den Geschäften ist die Verzählung in Franken fast vollständig durchgeführt.

7 Geiseln für einen verhafteten Separatisten.

Griesheim, 30. Okt. Ein Separatist aus Schwandheim war festgenommen und ins unbesetzte Gebiet gebracht worden. Als Gegenmaßnahme ergriffen die Franzosen 7 Eisenbahner als Geiseln und wollten sie erst wieder freilassen, wenn dieser Separatist bondensicherer Seite entlassen würde.

Jede Hilfe für Separatisten verboten.

Berlin, 30. Okt. Scharfamtlich wird mitgeteilt: Die Beamten dürfen unter keinen Umständen die Separatisten anerkennen. Treueverpflichtung, Unterordnung oder sachlicher Verkehr mit ihnen kann nicht in Betracht kommen. Geldmittel dürfen ihnen nicht ausgedient werden und Kassenstellen, die irgendwie in die Hände der Separatisten gelangen, erhalten keine Mittel. Diese Instruktionen gelten für Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten gleichmäßig. Ein Verstoß dagegen wird die schwerwiegendsten Folgen für die Beamten nach sich ziehen. Andererseits ist nochmals nachdrücklich festgestellt, etwaigen Folgen dieses Verhaltens den Separatisten gegenüber unbedingt sichergestellt werden.

England und die Separatisten.

London, 29. Okt. Der Korrespondent des Times in Köln berichtet über die dortige kritische Lage, die Franzosen hätten die Entscheidung betr. der Anerkennung der Separatisten um zwei Tage aufgeschoben. Falls eine Anerkennung erfolge, entkünde die

heißeste Situation, weil die Engländer die Separatisten keinesfalls anerkennen. Laut Daily Telegraph liegt diesbezüglich ein Kabinettsbeschluss vor, daß den Separatisten ein Einmarsch in die Kölner Zone verweigert wird. Ebenjowenja sei beabsichtigt, die Bahnen des Kölner Bezirks der Regie auszuliefern.

Die polnische Kabinettsbildung.

Warschau, 29. Okt. Die Polnische Telegraphenagentur meldet: Auf Antrag des Ministerpräsidenten hat der Präsident der Republik Pilsudski, Dr. Marjan Seyda, seinem Gehilfen gemäß dem Posten des Außenministers und Dr. Pilsudski vom Posten des Kultusministers entlassen und gleichzeitig auf Antrag des Ministerpräsidenten den Abgeordneten Dnowski zum Außenminister ernannt.

Wer hat recht?

Poincare, der „erfolgreiche“ Staatsmann Frankreichs, der deshalb bereits in Deutschland von manchen Leuten als großer Staatsmann angesehen wird, hat in seiner neuesten Sonntagsrede u. a. von Deutschland gesagt:

„Im vergangenen Jahr, bevor wir Pfänder mit Besatzung besetzten, besaß Deutschland, es wäre uns die von der Reparationskommission festgesetzten Mengen nicht geben. Durch unsere Verletzung ist noch gewiesen, daß Deutschland vollkommen in der Lage war, auf diese Kohle zu verzichten. Es hat bald sein Schicksal gewechselt. Es erklärte uns jetzt, wenn es tatsächlich in der Lage sei, die Lieferungen auszuführen zu lassen, so sei es doch außerstande, sie zu bezahlen. Die ganze Politik des deutschen Schuldners wird in der Sprache dieser Schwenkung sichtbar.“

Zur gleichen Zeit schreibt der Kardinal und Erzbischof Schulte von Köln in einem Aufruf an die Glaubensgenossen aller Länder:

„In die Katholiken des Auslandes öffentlich diesen flehentlichen Hilferuf zu richten, zwingt uns die grauenvolle Hungersnot, in die die nach Millionen gärende Bevölkerung meiner Erzbischöflichkeit in Rhein- und Ruhr durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und Unordnung von Tag zu Tag grauenvoller hinein geschoben wird. Wir bitten und bittet das Herz über dem Hammer des Volkes, dessen Untergang mein Ohr hören und mein Auge sehen muß. Auf meinen oberirdischen Reisen bitten mich Geistliche und Bürgermeister händigermaßen, alles Erdentische zu verlassen, um die unabweisbar erscheinende Katastrophe einer blutigen Schredenszeit, eines großen Sterbens von der hungernden, frierenden, erbitterten und verzweifelten Bevölkerung, namentlich von den Schwachen und Kranken, von den Müttern und Kindern doch noch wenn möglich in letzter Stunde abzuwenden. Mein Ruf hat mit innerer und äußerer Politik nichts zu tun, er soll auch niemand anlagern. Er wird mir aber eingeleitet von der heiligen Überzeugung, daß es meine Pflicht ist, wie ein Vater für die Millionen in dieser Zeit grauenvoller Lebensnot das Neueste zu wagen. Es geht ohne Unterbrechung um Millionen von Menschenleben, den Mittelpunkt europäischer Kultur.“

So der deutsche Kardinal. Man sieht, daß der französische Herr Ministerpräsident Poincare offenbar deshalb, weil er selber immer noch genia zu essen hat, des merkwürdigen Glaubens ist, Deutschland habe ja vollkommen auf die Kohle des Ruhrgebietes verzichten können. Der Köhlige Mann merkt nicht, wach einen Sohn auf die tatsächlichen Verhältnisse seine Worte enthalten. Weil die Franzosen die Ruhr besetzt haben, deshalb hungert, friert, verarmt, die deutsche Bevölkerung am Rhein; deshalb haben wir im übrigen Deutschland die Unruhen, die Hungererobten und Hunderttausende von Menschen dämmern in Hunger und in der Verzweiflung dahin. Und Poincare hält, da er selbst auf gegessen hat und satt ist, Neben darüber, daß Deutschland ja auf die Kohle des Ruhrgebietes vollkommen verzichten könne. O Deutschland kann noch viel mehr, Herr Poincare! Sie dürfen ihm auch noch Kartoffeln und Wehl wegnehmen und das Schlachtwild — es werden immer noch Deutsche — übrig bleiben. Die französische Soldateska darf auch weiter noch Villionen und Trillionen rauben, die als Löhne oder als Erwerbslosenunterstützung ins besetzte Gebiet gebracht werden. Die Deutschen, die noch übrig bleiben, werden auch darauf, vollkommen verzichten können. Sie können auch, Herr Poincare, mit giftigen Gasbomben von Flugzeugen aus weitere Experimente machen, was die Deutschen aushalten können und sie werden finden, daß auch dann noch einige Deutsche übrig bleiben und „vollkommen in der Lage sind“, die französischen Barbaren zu überleben.

Aber eines kann Herr Poincare, dessen Sonntagsreden allmählich in der ganzen Welt anderes Aufsehen machen, als er denkt, doch nicht: er kann den Fluch der Menschheit und der Geschichte nicht von seinem Regime und vom französischen Volk abwenden, wenn er noch weiter die Taten seiner Regierung mit solchen windigen und unmenlichen Worten zu rechtfertigen sucht. Wir nehmen an, daß Poincare manchmal nicht weiß, was er redet, noch was er tut. Wäre er das immer, dann würde das Urteil über seine Persönlichkeit nicht schimmern genug ausfallen können.

Phönix Berg, u. 94
Stimmungsbericht
Schluß des Vorkriegs
ersten Male wieder
Wirtschaftliche und eine
Kollisionsanforderungen
tiefes Vertrauen wurde
gen, die getrennt und
ins und die englische
Liefen. Dieses post-
ammenhang mit der
Abgaben im Devisen-
Der Reichsbank ist
gen auf der letzten
27. 10. 23. mitt. 2 Uhr.
Gold 8 379 MM 8 411 MM
Dest. 8 57 8 52
1 875 1 854
2 241 2 208
19 934 19 939
593 593
30 222 30 222
3 285 3 285
2 599 2 599
763 763
Zw. 77,5
Vom Donnerstag
Freitag, den 30. No-
land offiziell erklärt,
der Wertpapierbörsen
itag statt Ein Handel-
ländischen Zahlungs-
Anweisen und Dol-
deswetterwarte. Die
ert sparsamsten Wirt-
schen Lebensmitteln.
lich durch Frost währ-
ist daher bei unerer
lich, keine Maßregel
erläuft durch Frost
f ein Minimum her-
erioden kann durch die
er Sicherheit voran-
te wird in Zukunft
terkarten und
gen bei jedem Post-
stehende Frostlagen,
saren gefährlich sind,
n den Zeitungen er-
solte auch von einer
etterberatung
brauch gemacht wer-
Temperaturverhält-
berücksichtigen. Es
te im Winter häufig
Karlsruhe bei Tau-
abrollen, unmittelbar
auch in Baden mög-
abbahn durch die
samarwald befördert
der Landeswetter-
bemann sein. Diese
elephonischen
Es wird daher beim
vorchrige Anlage
Durlacher Allee 50),
empfohlen.
schluß an die ver-
die Biersteuer mit
erhöht. Hiermit ist
nd Bierhändler ver-

Ausschuß
Lüftung
ath. Vereinshaus
entkufft zweck
otischen Zeitungen
katholischer Vereine
und, 1. Vorfr.
Ankauf
von
Silber
Platin,
300 000
und mehr
Ziegler,
22, Tel. 621
uckarbeiten
jeder Art :
iefert rasch
und billigst
chdruckerei
ADENIA
srahe, Adlerstr. 42
toffe
auch Pikrin
wir zu billig
gen sind unter
bacher zu richten.

Die Bewegung am Rhein.

Von S. Kuster, Bonn a. Rh.

Für den tieferen Sinn und möglichen Fortgang der Bewegung am Rhein scheinen die Vorgänge in Bonn besonders lehrreich; darum vorerst darüber ein kurzes Wort. Am 24. wurde dort die „freie rheinische Republik“ ausgerufen, nachdem ein mehrstündiger Nachtkampf vorausgegangen war. Französisches Militär hielt durch seine Anwesenheit alle Gegenbewegungen zurück, „man konnte nicht anders“. Am 25. früh morgens, wurde jedoch die rheinisch-republikanische „Regierung“ aus dem Rathaus wieder hinausgeprügelt. kaum mehr als zwei Stunden war der Aktionsausbruch in Wirksamkeit. In Godesberg dauerte die Herrschaft nur wenige Stunden, in Buel war der Versuch einer Entsetzung des Rathauses erfolglos. Es kam in diesen Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche zu furchtbaren Szenen. Wir erfahren uns die Schilderungen von Einzelvorfällen. Es muß genügen, hier zu sagen, daß durch Schlagwerkzeuge über zugerichtete Schwerverletzte in der Klinik Aufnahme finden mußten, weniger schwer Verwundete wurden von den Sanitätskolonnen, die bald zur Stelle waren und von Ärzten verbunden. Im Laufe des ganzen geistigen Tages kam es in verschiedenen Gegenden der Stadt zu Menschenansammlungen und Mißhandlungen. Die Leidenschaften sind in den letzten Wochen und Tagen hüben und drüben so aufs Höchste aufgestiegen, daß wir in diesem Stadium der Lage gar keinen Ausweg zur Lösung der Frage sehen, um die gefährlicher Fanatismus und ehrlicher Idealismus, ungeistiger Haß und glühende Liebe ihren erbitterten Kampf führen. Was wir öfters betont, sei wiederholt: mit der wüsten Gewaltmethode, die die Separatisten in dieser unheilvollen Oktoberwoche anwandten, ist ein rheinisches Staatsgebilde nie und nimmer zu schaffen; andererseits muß auch ausgesprochen werden, daß mit Häuten und Deklamationen eine Lösung der Rheinlandfrage nicht herbeiführt werden kann und darf. Die Frage besteht und sie wird so lange bestehen bis man aus der Einsicht in die zwingenden Erfordernisse des großen politischen Umgestaltungsprozesses, der sich vor unseren kurzfristigen Augen vollzieht, die Antwort gefunden haben wird. Daß sie nicht anders, als nur im deutschen Sinne erfolgen kann, ist zu selbstverständlich, als daß darüber diskutiert werden könnte. Während des genannten Tumultes im Donnerstagsmorgen besteht das französische Ordnungskommando, das den Marktplatz seit Dienstag morgen besetzt hält, sich vollkommen neutral. Kein Soldat schritt ein, kein Offizier nahm Notiz von den Vorgängen. Zwei Stunden später aber wurde auf Befehl der interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz, aus einem Fenster der Rathausfront die grün-weiß-rote Fahne wieder gehißt. Die Frage nach dem Grund dieser, nach den Vorgängen des Vormittags selbst am Erscheinenden Maßnahme war gestern in der Bürgerkammer des Gesandten des Tages. Wie wir erfahren, liegt es in der Pflicht der Rheinlandkommission, mit diesem Befehl zu dokumentieren, daß die Rheinlandbewegung als Idee und als Tatsache für sie besteht und anerkannt wird, auch nach der gewalttätigen Entfernung des ins Rathaus gewaltsam eingebrungenen separatistischen Aktions-Ausschusses. Auch der Führer der Donner Separatisten, jedoch nur er, wurde wieder ins Rathaus geholt und ihm ein Zimmer als Aufenthaltsraum angewiesen. Die Verwaltung ist ausschließlich in Händen der Stadt. Beide Maßnahmen, das Herausheben der Fahne und die Einsetzung des Führers, seien als Symbol für den heutigen Stand in der Entwicklung der Rheinlandfrage anzusehen. Vom Gang der noch nicht vorauszu sehenden kommenden Ereignisse in den aller nächsten Tagen werde es abhängen, in welcher Weise von diesem Tatbestand ausgehend, die Rheinland-Angelegenheit weiter behandelt werde. Aus diesen Mitteilungen erahnt sich unabweislich, daß die interalliierte Rheinlandkommission nunmehr gewillt ist, die Frage um die Zukunft des Rheinlands, mit anderen Worten die militärische Sicherheitsfrage, entschieden und systematisch einer Klärung entgegenzuführen. Zu dieser überaus ernsten Lage werden die verantwortlichen politischen Stellen und die Reichsleitung Stellung nehmen müssen. Und zwar nicht mit bloßen Erklärungen im üblichen Schiedentempo — hier ist nichts mehr zu erwägen — sondern energisch, großzügig und rasch zu handeln! Es ist unbestreitbar richtig, daß alle Mißfolge und Enttäuschungen des deutschen Denkens seit 1914 aus einer Politik der verpaßten Gelegenheiten resultieren. Uns will schinen, als ob auch die Entwicklungsgeschichte der Rheinlandfrage von 1918 bis zur Stunde schon viele verpaßte Gelegenheiten zu registrieren hätte. Sollen wir uns im Interesse des Reiches vor einer neuen Fehlpolitik. Es ist eine durchaus falsche Einstellung zu unserer deutschen Gesamtlage, wenn wir glauben, alle außen- und innenpolitischen Probleme am besten durch passiv Behandlung bewältigen zu können. Wenn wir unsere Situation im Zusammenhang mit der weltpolitischen Lage klar erkennen, dann wissen wir, daß nur stärkste Aktivität auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft der Weg zur Rettung sein kann. Auf Schritt und Tritt spürt man aber in unserer Politik, leider auch in der Politik des jetzigen Kabinetts Streikmann, den Mangel an einer leitenden, schöpferischen Idee. Es wird viel von Einzelheiten und Außenposten geschrieben und gesprochen, der Wurzel aller Übel aber geht man nicht auf die Spur. So erschöpft man sich in ungestillter Verfolgung mit Experimenten währungs- und wirtschaftspolitischer Natur, die noch dazu immer mißglücken, so bewegt man sich an der Peripherie des einen großen Problems, das kurz gefaßt lautet: Was rettet den deutschen Westen? Was rettet die Völker Europas und die Kultur des Abendlandes vor dem Untergang? Gewiß sind die währungs- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten schneller und gründlicher Bearbeitung zu unterziehen, aber doch nur im Zusammenhang und in Unter- und Einordnung in die große Ideenlinie deutscher Weltpolitik, die wir finden müssen, wenn wir nicht als Nation aufzulösen werden wollen. Unter herkömmliches Denken wird möglicherweise ein unzulänglicher Maßstab für die Beurteilung von weiter Perspektiven und so gewaltiger Komplexer sein. Dann aber müssen wir uns bemühen, unter Denken den großen Fragen anzupassen, denn sie passen nie und nimmer sich uns an. Gelingt es uns, in schöpferischer Initiative deutsche Außen- und Innenpolitik in Wechselwirkung und Einheitlichkeit zu einander zu bringen, dann ist uns zu helfen. Stämpfern wir aber weiter an vielen Einzelfragen herum ohne die große Synthese zu finden, dann werden wir uns als Volk zu Tode politisieren.

Bei der geistigführenden Schichten des Volkes den innenpolitischen Vorgängen seit dem November 1918 in unheilvoller Fremdheit gegenüberstanden, wurde die Idee der Revolution von den breiten Massen ins Grob-Materialistische und Materialistische verzerrt. Unendlich viel Not und Schaden für die deutsche Sache und für das deutsche Volk waren die Folge. Wollen die führenden Kreise nun auch in der Rheinlandfrage wieder warten, bis eine unpolitische Menge auch diese Angelegenheit von europäischer Bedeutung als Mozen- und materielle Hilfsbedürfnisse zu Tode mißhandelt? Am Rhein muß die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes gefunden werden. Dieser Gedanke ist eine, vielleicht die größte politisch-ethische Forderung dieser Zeit. Er ist der Vermittlung und Kleines unserer Völkern wert, nicht trotz, sondern wegen der Schwierigkeiten, die — wir wissen es — dem Verständigungsgedanken entgegen stehen. Bewahre der Herrgott unser Vaterland vor einer Rheinland-Politik, der die Weltgeschichte nachsagen müßte, daß sie zu spät die großen deutschen und europäischen Erfordernisse erkannt habe. (Nachdruck verboten.)

Dank der Reichsregierung an die treue Rhein- und Ruhrbevölkerung.

Berlin, 30. Oktober. Am 1. d. M. wird mitgeteilt: Die aus allen Teilen des besetzten Gebietes bei der Reichsregierung einlaufenden Nachrichten beweisen, daß die eingeseffene Bevölkerung des Rheinlands

und Ruhrgebiets dem hochverräterischen, von landfremden Elementen angeführten Separatistenputz mit verdammtendenden Ausnahmen völlig ablehnend gegenübersteht. Der Separatistenputz ist damit trotz der gewalttätigen Besitznahme einiger öffentlicher Gebäude von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit beabsehntem Geißel läßt sich kein Staat gründen. Die verzweifeltsten Anstrengungen der Separatisten und ihrer Helfer, die Bevölkerung durch Einschüchterung und falsche Nachrichten zu beeinflussen, vermögen daran nichts zu ändern. Die Reichsregierung zollt der standhaften Haltung der Bevölkerung des besetzten Gebietes vollste Anerkennung. Sie weiß, daß die besetzten Gebiete sich durch nichts vom Vaterland trennen und ihm auch weiterhin die Treue halten werden. Der feste Rückhalt im Reich und den Rändern ist und bleibt die stärkste Stütze in dem aerechten Kampf der Volksgenossen an Rhein und Ruhr für ihr Deutschland und gegen die Verweltschlämer.

Stillelegung des Betriebs im Ruhrgebiet.

Essen, 30. Okt. Die Betriebsstillelegungen im Ruhrgebiet sind gestern in einem Maße erfolgt, daß sie der völligen Arbeitseinstellung gleichkommen. Die Verantwortlichen haben allein die Verzugsanzwänge zu tragen. Auf deutscher Seite leuchtet nach wie vor Verhandlungsbereitschaft.

Neue Stinnesverhandlungen.

Paris, 29. Okt. Der Düsselbacher Korrespondent des Petit Journal berichtet, daß Stinnes für die französisch-befahle Militärmision ein Projekt für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgearbeitet habe, das eine ernste Verhandlungsrundlaufe darstelle. Er habe Bevollmächtigte zurückgelassen, die die Verhandlungen fortgesetzt hätten und es sei wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen nächsten Dienstag zu einem bestimmten Abkommen führen werden.

Kardinal Schulte bei Tirard.

Köln, 29. Okt. Wie die Kölnische Volkszeitung berichtet, begab sich der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, nach Koblenz, um bei Tirard im Sinne seines Auftrags um schnelle Erleichterung der Lebensmitteltransporte zu bitten.

Das Urteil im Küstener Prozeß.

Kottbus, 27. Okt. Der außerordentliche Gerichtshof verurteilte heute gegen 11 Uhr vormittags das Urteil in dem Prozeß gegen die 14 wegen der Küstener Vorkänge am 1. und 2. Oktober des Hochverrats Angeklagten. Das Urteil lautet wegen Hochverrats gegen Major Buchner auf 10 Jahre Zuchthaus und 100 Millionen Geldstrafe. Alle übrigen Strafen wurden wegen Beihilfe zur Mordtat verhängt und zwar gegen Major Herber 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen Oberleutnant Peter Bogl 6 Monate Gefängnis, Hans Gahn zu 8 Monaten Gefängnis, Bernhard Hluge 5 Monate Gefängnis, gegen den Kandidaten der Chemie Erhard Meidel 5 Monate Gefängnis, Oberleutnant Georg Walter, Landwirt Hugo Slope, Oberleutnant J. S. Arthur Schenk und Kaufmann Willi Wojcowski je 3 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Landwirt Raerke, Ingenieur Karl Paulowski, Landwirt Hermann Kühn und Landwirt Georg Burgardt wurden freigesprochen. Den Verurteilten wurden 3 Wochen Untersuchungshaft auf die Freiheitsstrafe angedreht. Gegen Buchner und Herber wurde der Haftbefehl aufrechterhalten. Die übrigen Angeklagten sind unter Aufhebung des Haftbefehls auf freien Fuß gesetzt worden. Die Kosten des Verfahrens trägt die Reichskasse, soweit Freisprechung erfolgte. Während der Urteilsverkündung wurde die Öffentlichkeit auf Antrag der Anklagebehörde und der Verteidiger wiederum ausgeschlossen.

Allgemeiner Streik in Hanau.

Frankfurt a. M., 29. Okt. In Hanau wird, abgesehen von den lebenswichtigen Betrieben, allgemein gestreikt. Der Eisenbahnverkehr ist nicht gestört. In Frankfurt a. M. ist alles ruhig.

Das außerordentliche Gericht in Hamburg.

Hamburg, 29. Okt. Das außerordentliche Gericht tagte bereits am Samstag zum ersten Mal und be-

trafte verschiedene Jugendliche mit Gefängnis wegen verübten Landfriedensbruchs, Minderung und Beschimpfung von Beamten. Zu einem Fall sprach das Gericht das Todesurteil aus wegen Hochverrats.

Kleine politische Meldungen.

Spanische Wirtschaftsmassnahmen. Zur Erhebung der Krise im Bergbau beschließt das Direktorium eine Erhöhung der Arbeitszeit. Unterdrückung des Aufstandes in Griechisch-Mazedonien. Der griechischen Regierung ist es zunächst gelungen, die Aufstandsbewegung in Griechisch-Mazedonien Herr zu werden. Der Leiter der revolutionären Bewegung, Oberst Gikas mit 7 Majoren, 22 Hauptleuten und einer großen Zahl von Offizieren hat jenseitiges Gebiet betreten und wurde interniert. Der neue amerikanische Botschafter in London. Nach einer Kavarsmeldung aus Washington ist der frühere Senator des Staates Minnesota, Franz B. Kellog zum amerikanischen Gesandten in London ernannt worden.

Aus dem sozialen Leben.

Die Verordnung über den Beamtenabbau.

Berlin, 29. Okt. Die Reichsregierung hat sich kürzlich in mehrstündiger Sitzung mit der Frage des Beamtenabbaugesetzes beschäftigt und die hierauf bezügliche Verordnung verabschiedet. Der Kernpunkt der Verordnung ist die Einführung der Altersgrenze. Ein besonderes Kapitel der neuen Verordnung bilden die weiblichen verheirateten Beamten. Ihnen kann vierwöchentlich vom ersten Monats zum anderen ersten gekündigt werden. Diese Maßnahme schien dem Reichsfinanzminister notwendig, weil sich die verheirateten weiblichen Beamten als sehr teure Kräfte erwiesen haben. Man hat mit den verheirateten Beamtinnen die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht. Während der Durchführung der Verordnung dürfen weder Neueinstellungen noch Beförderungen erfolgen. Die Vorschriften der Beamtenabbauverordnung gelten nicht nur für die Reichsverwaltung, sondern auch für die Länder, Landgemeinden und Gemeindeverbände, sowie die Reichsbank und den Reichstag. Bei der Entlassung der Beamten wird natürlich insbesondere das Familienverhältnis berücksichtigt. Darüber hinaus entscheidet aber naturgemäß der Wert der Leistung. Die Ausführungsbestimmungen der neuen Verordnung der Reichsregierung werden gegenwärtig ausgearbeitet. Die Dinge werden nun wahrscheinlich so laufen, daß zu nächst die freiwilligen Ausscheidungen und ihnen die über 65 Jahre alten Beamten folgen. Erst wenn dann die 25 Pros. der Beamten, um die der Beamtenabbau vermindert werden soll, nicht ausgeschieden sind, werden zwanagsweife Entlassungen in Frage kommen.

Verbeständige Zeit-Erhöhe erst in der nächsten Woche.

Die Frage der Festsetzung von Gehältssteuern noch nicht entschieden.

Berlin, 30. Okt. In Besprechungen, die am gestrigen Montag im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Ressorts und den Vertretern der Epikureerverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde aufgrund der Erklärung des Reichsrates des Reichsfinanzministeriums festgestellt, daß werbeständige Zahlungsmittel in der laufenden Woche nach nicht zur Verfügung stehen. Erst in der kommenden Woche wird ein zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter werbeständig ausbezahlt werden können. Der Übergang zur vollständigen Bezahlung in werbeständigen Zahlungsmitteln wird dann noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Er kann sich naturgemäß nur in dem Ausmaß vollziehen, in dem die Festsetzung werbeständiger Zahlungsmittel möglich ist. Dabei ist zu beachten, daß werbeständige Zahlungsmittel eines erheblichen Schutzes gegen Fälschung bedürfen und daher in ihrer Herstellung gewissen Vorkehrungen unterliegen. Alle Beteiligten waren darin einig, daß die Verteilung der werbeständigen Zahlungsmittel in den einzelnen Berufs- und Gewerbezweigen möglichst gleichmäßig erfolgen muß und hierbei insbesondere das Reich nicht schneller als die Privatindustrie vorgehen darf. Die Vertreter der Arbeitgeberkreise forderten einmütig den sofortigen Übergang zur Bezahlung der Löhne in Geldmark. Eine endgültige Klärung dieser Zeitfragen ist noch nicht erfolgt. Die Besprechungen hierüber sollen daher am morgigen Mittwoch unter Zuziehung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände fortgesetzt werden.

Sozial- und Kleinrentnerfürsorge.

Die Reichsrichtsahlen, die der Berechnung von Unterstützungen für Sozial- und Kleinrentner zugrunde zu legen sind, betragen nach dem Stand vom 15. Oktober 691 900 000 Mark und nach dem Stand vom 22. Oktober 3045 Millionen a.Mk.

Der Kaplan von Heiligenberg.

14) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

„So?“ — der Hausherr umtrampfte mit seinen Füßen eine hohe Stuhllehne — „so, du hältst es für besser. Heinrich, ich habe immer Freiheit in Religionsfragen gepredigt, ich lasse Sidonie die Heilige sein und werde auch dir nicht verbieten, dich zu drehen und zu wenden —, obgleich ich das Mittel hätte; denn du bist...“ „Ja, das Gnadenbrot —, ich weiß,“ murmelte Onkel Heinrich, Schweißtropfen lagen ihm auf dem kahlen Schädel. „Ja, das Gnadenbrot. Aber ich will dich nicht zwingen. Ich verbiete dir aber, daß du Unfrieden stiftest oder gar, daß du darauf ausgehst, Proselyten zu machen. Dann mußt du mein Haus verlassen. Außerdem, Amtsdorfscheer bist du durch mich, in meiner Vertretung. Ich werde die Geschäfte wieder in die Hand nehmen.“ „Du willst mich blamieren, Vetter?“ „Wenn es, wie du willst. Unser Gespräch ist beendet.“ Ein kurzes steifes Kopfnicken und Onkel Heinrich sah sich in dem gewohnten Raum allein. Seine Bunge zickte: „Jawohl, ich esse dein Gnadenbrot, aber nun werde ich gerade Rom bekämpfen.“ Dann folgte er dem Vetter in die Halle, wo die anderen in Zeitungen und Büchern vertieft schienen oder ihren Kaffee schlürften, wie alltäglich. Aber wohl keiner las heute mit Verstand, und selbst in der feingedehnten Hand des Hausherrn ästerte das Journal leise auf und ab. Nur das Kammerfräulein bräuselte unweht lustig, und den Papagei, der

stete Teilhaber an dieser sogenannten Kaffeestunde, stolzerte ungeniert auf dem Tisch zwischen Löffeln und Biskuitlädchen hin und her, wobei er bald aus diesem, bald aus jenem nippte. Auch Onkel Heinrich nahm seinen gewohnten Platz ein neben seiner Nichte Olga, deren Augen das in österrödischer Silbermaschine brodelnde Wasser beobachteten. Da sah er plötzlich, daß ein Platz leer war. Sidonie! Sie war nicht zurückgekehrt, sie wich ihm aus, sie — die er liebte, um die er gefreut hatte. Drüben auf der anderen Seite der Halle lagen Sidonies Gemächer, ebenfalls zwei tiefgewölbte Räume. Man mußte erst einen mit grünen Nippvorhängen geschlossenen Gang durchschreiten, um in den nach den Terrassen zu liegenden Salon gelangen zu können, ein altmodischer, mit Nummengewinden austapezierter Raum. Wie in einer Laube ließen die Ranken in anmutigen Verklünnungen über die Ranken und Rundungen der Gewölbe hin. Notbraune Mahagonimöbel und tiefe rote Stoffe. In einer Fensternische, die ein halbes Dutzend Möbel bergen konnte, stand ein Urghroßvaterstuhl mit breitgepolsterten Rückenflügeln. In diesem lag Sidonie, die kleine Natur zusammengekrümmt, das titanische Madonnenhaupt unter ihren schwarzen Spitzschleier verborgen. Man konnte nur ahnen, daß ihre Augen, die da leuchteten wie jene einer spanischen Grandezza, daß diese Augen rot umrandet waren und in Strömen von Tränen überflossen. Ihr Körper erheitert von dem bestiaen Weinen. Fast noch nie in ihrem Leben ward ihre Seele von einem solchen Schmerz berührt, jedenfalls nicht seit jenem Tage, an dem sie den Trug ihrer Ehe erkannt und sich von ihrem einst um seiner Schönheit willen so geliebten Mann getrennt hatte. Nun schon fast durch dreißig Jahre lebte sie in Ruhe für den Sin-

nenrausch, das Leben einer blühenden Magdalena, ganz aufgehend in der Sorge für arme und kranke Menschen, ausgehend in der Gnadenwelt der heiligen Kirche und durch ihr Beispiel wieder viele zum Starbunt anfeuernd. Glaubt sie doch auch die Wandlung zum Glauben in dem Herzen ihres Bruders verursacht oder wenigstens erbetet zu haben. Nur beim Genuß, dem Heinrich, den sie als Freund und Berater ansah, zerbrachen alle ihre Versuche, blieb sogar die Macht ihres Gebetes ohne Erfolg. Sie warf sich neuerdings vor, seinen Antrag vor Jahren abgelehnt zu haben. Sie hätte sein treues Festhalten am Glauben als Bedingung sehen können. Nun war er ein Abtrünniger, ein Verräter, einer, der ihnen allen Schande bereite. „Si donce!“ höhnte sie unter ihrem Schleier, „die Freundschaft ist aus! Nur das Gebet will ich ihm nicht entziehen.“ Mit diesem Gedanken raffte sie sich auf, verließ durch eine rückwärtige Tür ihre Gemächer und eilte in die Loge der Kapelle hinüber, wo sie in ihrem Eckchen auf die Knie stürzte und den Himmel mit ihren Gebeten bestürmte. 13. Wie es nicht selten vorkommt, daß an einem heiteren Himmel zwei Gewitter aufsteigen, so sollte auch dieser Nachmittag noch eine Aufregung, wenigstens für Helena mit sich bringen. Seit jenem jugendlichen Aufstehen für den ihr huldigenden Herrn v. Bernolt hatte sie ihr Herzchen mehr und mehr gegen ihn abgeschloffen. Damals war sie in die Kapelle gegangen und hatte dort im Duft des Fiebers und der Malenaibächen eine Art Prüfung über ihren Seelenzustand abgehalten. Liebe sie ihn? Sie war verlegen, weil sie dem Priester eine Unwahrheit bekennen mußte; sie

hatte sich nicht viel bei den Tändeleien mit dem Referendar gedacht, im Grunde genommen war es mehr die Freude, einem anderen zu gefallen. Wie ernst der Kaplan gesprochen, es war wie ein Tobell Bo ihrem Herrgott wollte sie sich Klarheit verschaffen. Es war ein eignes Mittel, das sie ergriff, sie führte ein stilles Zwiegespräch, wie in der Weichte, in der auch nur ein Hauch von Unwahrheit ihr unmöglich erschien. Was würde sie empfinden, es käme die Nachricht, er sei vom Herde gestürzt, tot! So ähnlich dachte sie es in einem Reimtasroman gelesen. Wären ja, ihn betrauern, ja, am Leben verzweifeln, nein. Würde sie selbst zu sterben wünschen? Nein! Der eine andere Examenfrage: Würde sie ihm ihr Jawort geben, wenn er um sie würde, heute noch? Heiß und rot, presste sie den Kopf zwischen die Kollahändchen. Seitdem, ein durchbedeher Gedanke, aber ihn, nicht sicher. Sie würde Bedenkzeit verlangen, und dann, ja, vielleicht, wenn alles stimmte, das Einverständnis der Eltern. Die Aussicht auf eine Staatskarriere, die Einigkeit im Glauben. Nein, das war nicht die Liebe, die Berge zu Tälern bewegt, und — wenn er abfiel — er, ein Altkatholik? — Nein, sie sprach es laut in die Kapelle hinein. Die Selbstprüfung war beendet, sie wollte Abscheid, es war ihre Pflicht, in Zukunft zurückhaltend gegen ihn zu sein. (Fortsetzung folgt.)

Ratholiken! Werbt für Eure Presse!

Baden.

Deutschnationale Taktik.

Die Dummbheiten, die in der Pfalz drüben sozialistische Führer gemacht und die ihnen mit Recht den Vorwurf des Landesverrats zugezogen haben, werden von den Deutschnationalen selbstverständlich weidlich ausgenutzt. Aber man merkt die Absicht und wird verstimmt. Wir hätten z. B. den bayerischen Staatskommissar von Kahr für weniger dummp behalten, als daß er sich zur Nachfertigung seiner Stellung zur Reichsregierung darauf berief, in der Reichsregierung befänden sich ebenfalls Leute jener Partei, der der pfälzische Reichstagsabgeordnete und Unterhändler mit dem französischen General de Metz angehört; und mit einer solchen Regierung verhandle er nicht. Dieses doch recht faden-scheinige Argument benützen die Deutschnationalen, um eine neue Regierungskrise und eine sozialistenfeindliche Regierung herbeizuführen. Daß darüber wieder kostbare Zeit und manches Vertrauen verloren, die Verhältnisse in Deutschland aber in keiner Weise fester würden, daran liegt diesen Leuten nichts, die nur darauf ausgehen, aus einem Chaos zu profitieren für ihre Zwecke. Die ganze Situation ist doch in Deutschland die, daß bald rechts bald links landesverräterische Exzesse verübt werden und daß man sich dann rechts und links darauf beruft, nur Gutes oder das Beste gewollt zu haben. Der Kapp-Zug nach rechts, die Hebe gegen Erzberger und Mathenau — um nur diese Namen zu nennen — von rechts, die zum Nord der beiden uns so notwendigen politischen Talente führte, waren mindestens so schlimm, wie das was offenbar in brennendem persönlichen Ehrgeiz gegen die sozialistische Abgeordnete Soiffmann getan hat. Und dabei steht ohne jeden Zweifel fest, daß die Arbeitererschaft in der Pfalz und im Rheinland, die sozialistische und christliche, die Gewerkschaften, die freien und die christlichen, den allergrößten Eifer im Kampf gegen jeden Separatismus entwickeln und von jeher entwickelt haben. Warum jaagen Kahr und seine deutschnationalen Nachbeter nicht, daß in der Berliner Reichsregierung Leute derselben Partei sich befinden, deren Angehörige im Rheinland so energisch gegen die Separatisten auftraten? Wir sagen das deshalb, weil die unzulässige Einseitigkeit und Unberechtetheit, mit der diese Politik für ihre Ziele föhrt, dazu reizt, an diese doch vor aller Welt klar liegenden Tatsachen zu erinnern, um ihre Unzulässigkeit für jedermann klar zu machen.

Und man täusche sich auf keiner Seite! Auch in der bayerischen Volkspartei nicht, soweit sie auch Ideen und Gebanten verkörpert, die das Zentrum mit ihr teilt! Man liest in deutschnationalen und rechtsradikalen Wählern in den letzten Tagen wiederholt die schlimmsten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, aber auch gegen die Zentrumspartei. Der bayerische Wälische Beobachter brachte vor etwa drei Tagen einen Artikel, in dem eine Reihe von gefälschten Zentrumsabgeordneten verdächtigt wurden, die Postämterbestimmungen der Rheinlande gewissenlos zu fördern, um damit selbstsüchtigen Interessen zu dienen; genannt wurden u. a. die Zentrumsabgeordneten Kautzsch und von Guérard. Im Straßburger Tageblatt Nr. 262 vom 23. Oktober ist die Rede von einer Versammlung von Rheinländern aller Parteien in Mainz, die, nachdem während der Debatten die Deutschnationalen unter Protest sich entfernt hätten, in Anwesenheit und im

Einverständnis mit einem Regierungsvertreter beschlossen hätten, den autonomen Rheinstaat ins Leben zu rufen. Die Zeitung nennt als Förderer des Planes an erster Stelle den Zentrumsvorstandenden Marx und als Präsidenten des neuen Staatswesens den Oberbürgermeister Wenaauer, der dem linken Wirtshaus des Zentrums angehöre. Das Blatt selbst findet diese Nachricht ungeheuerlich, erklärt aber, daß sie ihm von drei Seiten bestätigt worden sei. Regierungsstellen, bei denen es um Auskunft angefragt habe, hätten eine solche verweigert.

Zu dieser Nachricht, die übrigens nicht angibt, an welchem Tage die Versammlung in Mainz stattgefunden haben soll, können wir nur das sagen, daß sie von oben bis unten glatt erlogen ist. Gerade der Zentrumsvorstandende Marx hat vom ersten Tage an, seit dem von einer rheinischen Bewegung überhaupt gesprochen werden kann, jede Aktivität in dieser Richtung bekämpft und sieht heute noch auf dem gleichen Standpunkt. Es hat wohl Mitte September in Darmstadt eine Versammlung von Vorständen der Zentrumspartei in den Rheingebieten stattgefunden, die sich mit der Rheinlandsfrage befaßte; aber diese Versammlung hat den entgegen-gesetzten Standpunkt eingenommen, als diejenige, von der in dem Straßburger Tageblatt die Rede ist. Die Dinge liegen, soweit die Zentrumspartei beteiligt ist, seit Jahr und Tag so klar und einseitig auf der Hand, daß man nur von boshaften Verleumdungen reden kann, wenn immer wieder Verächtlichkeiten gegen die Zentrumspartei ausgeübt werden. Im übrigen hat die Zentrumspartei nicht den geringsten Anlaß, der Presse und den Angehörigen der deutschnationalen und rechtsradikalen Parteien Rechenschaft über ihre Treue-Gebinnung gegenüber dem Reiche abzulegen.

Das Gewissen der rechtsradikalen Politiker ist, wie wir oben feststellten, so schimmig belastet, daß sie mit dem Vorwurf des Landesverrats sehr zurückhaltend sein müssen. Wir kennen übrigens die Elemente von früher sehr gut, die uns Katholiken den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit machen. Wir kennen diese Vurden und haben genug von ihrem nationalen Sinn, der die Nation jahrzehntelang entzweit hat.

Rechtshilfeverträge zwischen Baden, Württemberg und Hessen.

Zwischen den Regierungen der Länder Baden, Württemberg und Hessen ist vereinbart worden, daß im Rechtshilfebereich zwischen diesen Ländern wechselseitig auf die Erstattung solcher Kosten verzichtet wird, welche bei der Inanspruchnahme von Beamten oder Behörden des Polizeivollzugs- und Sicherheitsdienstes eines dieser Länder durch die Justizbehörden eines anderen Landes auf Grund der §§ 159, 163, 187 und 200 der Strafprozessordnung erwachsen. Der Verzicht bezieht sich nur auf die Fälle mit umfangreichen und kostspieligen Verurteilungen, wie sie z. B. feinerzeit die Mitwirkung der württembergischen Polizei bei den Ermittlungen anlässlich der Ermordung des Reichstagsabgeordneten Erzberger in Baden. Die Vereinbarung findet auf alle Erträge Anwendung, die am 1. November 1923 noch nicht erledigt sind.

Chronik.

Baden.

Horsheim, 29. Oktober.
In den letzten Tagen kam es hier verschiedentlich zu erheblichen Beleidigungen und Bedrohungen der Polizeibeamten durch junge Burfchen. So mußte am Freitagabend die Polizeimannschaft gegen die Aufwiegler, die eine drohende Haltung einnahmen, mit Gummiknüppeln vorgehen, um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Meist sind es ganz zweifelhafte Elemente, die sich an diesem Unfug beteiligen, um sich die Zeit zu vertreiben. — In den letzten Tagen wurde ein Postbeamter auf dem Heimweg auf der Langensteige von zwei jungen Burfchen überfallen und durch einen Schlag auf den Kopf betäubt. Als er sich erholt hatte und die Täter verfolgen wollte, gab einer derselben einen Schuß auf den Beamen ab.

Mausheim, 29. Okt.
Es hat sich jetzt herausgestellt, daß zwei Opfer der letzten Unruhen auch noch getraut worden sind. So wurden bei dem getöteten Josef Füllner eine Silberuhr und eine Lederbrieftasche mit 9 Millionen Mark vermist. Der Leiche des Adam Baumann war eine silberne Fremdenkarte, eine Zigarettenschmuckdose und eine jamaikanische Aftenmappe abgenommen worden.

Mosbach, 29. Okt.
Der Ueberfall auf den Deutsch-Amerikaner Berardoll in Eberbach, der zum zweiten Male am 10. August unternommen wurde, aber bekanntlich ebenso wie der erste Ueberfall im Jahre 1921 missglückte, wird Ende dieser Woche vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt werden.

Gaggenau, 27. Okt.
Seit Donnerstag früh sind die Fabrikbetriebe der hiesigen Benzwerke geschlossen. Da keine Einigung in den bestehenden Lohnforderungen erzielt werden konnte. Am nächsten Dienstag soll nun die Goldmarkberechnung in Kraft treten. Da hierdurch der Streitpunkt hinsichtlich wird, hofft man, daß bis Montag die Gesamtarbeiterschaft die Arbeit wieder aufnimmt.

Reichen, 29. Okt.
Einen unangenehmen Ausgang nahm eine Wahlzeit für einen Wanderversuch, dem man in Densbach so viel vorgesetzt hatte, daß er den Gürtel weiterhinaus mußte. Querschnitt er dazu aber ein neues Loch bohren; er stellte sich dabei aber so ungeschickt an, daß ihm das Messer in den Rücken, in den Leib ging. Er mußte sofort im Krankenhaus operiert werden. — Der Landwirt Andreas Berger IV hatte in Wagschurt Kartoffeln und Kraut abgeliefert. Als er nach 11 Uhr durch Oltersweiler fuhr, wurde er von zwei jungen Burfchen überfallen und durch Messerschläge schwer verletzt.

Frankreich gewonnen werden soll. Die Bauern rechnen übrigens nur noch in Francs und zwar über Friedenspreis, z. B. ein Zentner Kartoffeln 15 bis 16 Francs.

Freiburg i. Br., 29. Okt.
Zurzeit werden hier Kartoffel diebstähle nur noch in Großen betrieben. So wurden in einer der letzten Nächte auf einem Grundstück etwa 20 Ztr. Kartoffeln ausgemacht und von unbekanntem Täter davon getragen.

Müllheim, 29. Okt.
Die Mitternachtsfeier der Gemeinde Eichenloch haben die Mitternachtsfeier der Lungenheilanstalt Friedrichsheim von Ruffenheim eingeleitet, weil die Mitternachtsfeier erst 14 Tage bis 3 Wochen nach Ablieferung der Milch in die Hände der Lieferanten gekommen ist.

Müllheim, 29. Okt.
Die Gemeinden Nach, Sing, Neute und Sohlenbach haben sich zu einer Gemeinde vereinigt, die den Namen Nach-Sing führt.

Die Rückkehr der Kuchfinder in die Heimat wird in den nächsten Tagen stattfinden. Die Badische Landesgemeinschaft von Sanftmännern der freien Wohlfahrtspflege stellt zu diesem Zwecke in Donaueschingen und Seibelsberg zwei Transporte zusammen. Die Kinder aus dem Schwarzwald und der Oberrheinregion werden im Laufe des Montag (29. Oktober) gesammelt und in Donaueschingen untergebracht. Die Weiterfahrt erfolgt mit dem Zug 227 Uhr am Dienstag, den 30. Oktober. Die Kinder treffen abends 6.59 Uhr in Karlsruhe ein, werden darauf gepfeift und treten mit dem Schnellzug 11.05 Uhr die Weiterfahrt an. Die Kinder aus dem badischen Mittellande und dem Oberrhein werden im Laufe des 30. Oktober in Seibelsberg verammelt und treten die Weiterreise zusammen mit dem Oberrhein Transport am selben Tage mit dem Nachtzug ab Seibelsberg 11.58 Uhr an. Die Ankunft in Hagen (Westfalen) erfolgt am Mittwoch, den 31. Oktober gegen 9 Uhr morgens. Von dort werden die Kinder in ihre Heimatbezirke weitergeleitet. Da es nicht möglich ist, genau festzustellen, in welchen Gemeinden sich noch Kuchfinder befinden, werden die Bürgermeister und Pfarrämter gebeten, die in Frage kommenden Kinder auf die genannten Termine an die oben bezeichneten Sammelstationen zu bringen oder Betreibungen zu lassen. Das Fahrgehalt wird nach Vereinbarung mit dem Reichsverkehrsministerium vorläufig gestundet. Gemeinderäte, denen die vorgeschriebenen Formulare nicht zugegangen sind, wollen die Kinder mit einem Notausweis ausliefern.

Die griechischen Konsulate. Die griechische Regierung hat die Amtsbezirke der griechischen Konsulate Baden wie folgt abgegrenzt: Konsulat Mannheim: Kreis Mannheim und Mosbach sowie bis auf weiteres Karlsruhe und Heidelberg. Vizekonsulat Baden-Baden: Kreis Baden, Freiburg, Konstanz, Lörrach, Offenburg, Wiltlingen und Waldshut.

Die Badische Schuljugend. Das Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins, das in ihrer heutigen Nummer die Mitteilung, daß sie bis auf weiteres nur noch als Nachrichtenblatt erscheinen kann. Die bisherige Ausgabe ist durch die immer erscheinende wertvolle Geldwertung und durch den käumigen Einzug der Beiträge unmöglich geworden.

Weitere Verschlechterung des Arbeitsmarkts. Die Gesamtarbeitslage in Baden hat sich im Laufe der letzten Woche in fast allen Berufsgruppen weiter verschlechtert. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise ist auf ein Mindestmaß zusammengedrumpft. Auch die Landwirtschaft hat jetzt keinen Bedarf an Arbeitskräften mehr. Was die Metallindustrie anbelangt, so wird nur noch in wenigen Betrieben der Schwarzpulver- und Sprengstoffindustrie voll gearbeitet. In der Holzindustrie hat die Holzfabrikation des Schwarzpulvers noch eine gute Arbeitsmarktlage. Für Kaufleute, Techniker und Büroangestellte ist die Lage unverändert schlecht.

Unterstützung der Sozialrentner. Das Reichs- arbeitsministerium hat eine neue Verordnung über Teuerungszulagen in der Sozialversicherung erlassen. Danach beträgt für den Monat November 1923 die Teuerungszulage beim Ruhegehalt sowie bei den Invaliden- und Altersrenten 1000 Millionen Mark, bei Witwen- und Waisenrenten 600 Millionen Mark, bei den Rentenrenten 500 Millionen Mark. Die erhöhten Beträge sind bei der Unterstützung der Sozialrentner aus dem Gehalt über Nachlassnahmen zur Unterstützung von Rentempfangern aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu berücksichtigen.

Aus dem Ausland.
Aus dem Elsaß, 27. Okt.
Straßburger Blätter bringen Mitteilungen über einen im Auftrag des französischen Arbeitsministers von einem elsaß-lothringischen Konfitorium ausgearbeiteten Vorentwurf für die auf der Rheinisch-Lothringischen Straßburger-Basel zu erstellenden Kraftwerke, der nimmere auch von einer seitens der ostfranzösischen Handelskammern gebildeten Rheinisch-Lothringischen Gesellschaft ausgehen worden ist. Danach sollen auf dieser Strecke außer dem Kraftwerk Kembs noch weitere sieben Kraftwerke mit einem Kostenaufwand von insgesamt 1400 Millionen Franken erstellt werden. Die zu gründende Gesellschaft für den Bau der Kraftwerke werde vom französischen Staat eine Bürgschaft für die auszu-gabenden Obligationen verlangen. Ferner soll der Staat auf seine Kosten die Schulen und alle anderen der Schiffahrt dienenden Einrichtungen errichten. Dem Organ der Handelskammer in Nancy zufolge wird auch der französische Staat die Fehl-beträge der zu erstellenden Kraftwerke übernehmen.

Karlsruhe.

Ein Anzug sondergleichen
Es ist es, wenn Kaufleute, die mit dem soeben in Umlauf gekommenen Durlacher Stadtgeld Waren bezahlen wollen, dieses Geld zurückgeben wollen. Es ist das Durlacher Stadtgeld genau so gut oder so schlecht, wie die anderen Geldpapiere, mit denen wir uns heute durchsetzen müssen. 2. ist es eine Annahme eigener Art, wenn der Verbraucher zwar seine Arbeit mit jedem Geld bezahlt bekommt, die

Auf Beschluß der Vereinigung Karlsruher Zeitungverleger mußte in Anbetracht der weiter fortgeschrittenen Teuerung der Wochenbezugspreis des Badischen Beobachters vom 1.—7. November auf 9 Milliarden Mark

festgesetzt werden. Der Einzug erfolgt im Laufe dieser Woche. Wir bitten, das Bezugsgehalt bereit zu halten. Abstellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsfluß erfolgen.

Unsere Leser werden bereits feststellen haben, daß die Bezugspreise, die wir in den letzten Wochen erhoben haben, im Vergleich zu anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs und in Anbetracht der totalen Marktentwertung viel zu niedrig waren. Das hatte seine Ursache darin, daß die Zeitungspreise für acht Tage im voraus und unveränderlich festgesetzt wurden und zwar immer zu einer Zeit, als die Mark noch einen größeren Wert hatte als zu der Zeit, wo die Bezugspreise einfließen wurden. So kostete z. B. der Badische Beobachter für die ganze letzte Woche, täglich ins Haus gebracht, noch nicht einmal 10 Goldpennige. Das hatte zur Folge, daß der Verlag am Ende der Woche nicht wußte, woher er das Geld für Löhne und Gehälter nehmen soll. Zur Erschließung für das verbrauchte Papier blieb überhaupt nichts übrig, es waren Millionen-Berluste zu verzeichnen.

Wenn jetzt, um der Teuerung einigermaßen Rechnung zu tragen, der Bezugspreis auf wöchentlich 9 Milliarden Mark erhöht werden mußte, erwarten wir auch diesmal von unseren Lesern volles Verständnis für die Notlage der Presse, nicht zuletzt auch seitens der Postabonnenten, von denen eine Anzahl unverhältnismäßig die Nachzahlungen verweigert hat. Letztere ersuchen wir nochmals, ihrer Pflicht sofort nachzukommen.

Der Verlag des Bad. Beobachters.

Banken aber und die Geschäftswelt nur das Geld annehmen wollen, das ihnen nun gerade paßt. Entweder dürfen die Städte Notgeld machen lassen und es wird wenigstens in der näheren Umgebung etwas weiteres von jedem angenommen, oder man verbietet schlechthin solches Notgeld. Der Verbraucher ist ja allmählich ein so gebildetes Gewand geworden und seine Ohren werden immer länger, oder alles läßt er sich schließlich doch nicht gefallen. Die Geschäftswelt berechnete Goldgeld, der Verbraucher kriegt Papiergeld ohne Goldberechnung, der Verbraucher kriegt Notgeld, die Geschäftswelt verlangt Staatsgeld und weiß Notgeld zurück, weil, wie er behauptet, vom Durlacher Notgeld bei den Banken 5 Prozent abgezogen wird. Die Banken erlauben sich freilich auch alles dem geldbedürftigen Publikum und der Geschäftswelt gegenüber. Drum werden diese Institute auch immer beliebter und beliebter. Man kann ja ruhig so weiter machen. Eine Explosion bei der gespannten Atmosphäre, wie wir sie gegenwärtig haben, ist ja bis jetzt noch nicht erfolgt. Vielleicht erfolgt auch in Zukunft keine. Aber wenn sie erfolgt, dann können diejenigen, die das laufende Publikum in dieser Weise behandelt haben, die Hand aufs Herz legen und sagen: auch wir sind schuld! Ist denn niemand da, der denkt und fühlt beim Geldgeschäft? Wüssen die Banken einen ungeheuren Gewinn machen, damit sie dann das Durlacher Notgeld am bestimmten Termin in Durlach, das bekanntlich 20 Millionen Meilen hinter Karlsruhe liegt, einlösen können? Muß sich das Publikum in dieser Weise auf der Nase herumtanzen lassen?

Kathol. Presseverein Arbeitsausfluß der Weststadt. Die Mitglieder der kathol. Presseverein der Weststadt, die für den kathol. Presseverein zu wirken bereit sind, werden mit Bezug auf die Beschprechung vom letzten Dienstag auf heute (Dienstag) abend 8 Uhr in das St. Franziskushaus (Grenzstraße) hiermit höflich eingeladen.

Radabnehmerverleihe. Eine Hamsterin aus Augsburg berichtet, wie den Augsburger Neuesten Nachrichten glaubwürdig erzählt wird, dieser Tage in verschiedenen Orten im Schwäbischen Karloffeln zu bekommen. Jedoch vergeblich. Die Bauern erklären, sie wüßten nicht, was sie mit den Papierfetzen anfangen sollten. Als die Hamsterin dann bat, man möge ihr doch die Karloffeln sehen lassen und mit dieser Bitte in mehrere Häuser eintrat, hatte sie in kürzester Zeit drei Zentner Karloffeln beisammen. „Um Gotteslohn“, meinte ein Bauer, „laßt Karloffeln haben. Die Mägen gibt bei uns no.“ — Ein ähnliches wird aus München gemeldet. Die Mitglieder der Münchener Banken- und Bankiersvereinigungen haben dem hiesigen Wohlfahrtsamt in Goldbühl den Betrag von 375 Millionen Mark zum Einkauf von Karloffeln und Kohlen für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die Vereinigung hat sich bereit erklärt, den gleichen Betrag nochmals zu geben, wenn auch Handel und Industrie sich an einer größeren Sammlung mit einem entprechenden Betrage beteiligen.

Wie trägt man zur Winterhilfe bei? Industrie, Handel und Gewerbe durch Lieferung von Waren, die sich zur Abgabe an Notleidende eignen. Die Landwirtschaft durch Zuerfügungstellung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen jeder Art. Arbeiter, Angestellte und Beamte durch Geldspenden. Ausländer dadurch, daß sie einige Dollar, Kronen, Gulden, Franken, Pfund Sterling, Lire usw. spenden. Aktienspender durch Ablieferung eines gewissen Prozents ihres Gewinns, der bei den letzten richtigen Kurssteigerungen erzielt wurde. Jeder aber durch Besorge von Kleingeld oder Altmaterial wie Lumpen, Papier, altes Eisen, Kupfer, Zinn, Zink, Messing, Blei, Glas, Kerzen, Hüfen und Frauenhaare, bei den am 8. und 9. November stattfindenden Sammlungen, oder aber durch geschenkwertige Ueberlassung von zum Verkauf geeigneten Gegenständen wie z. B. Handarbeiten, Schmuck, Bücher, Zeitschriften, Noten, Musikinstrumente, Sammlungen jeder Art, wie Briefmarken, Schmetterlinge, Münzen, Stein usw. Sammlungen, für den in der ersten Dezemberwoche stattfindenden Winterhilfsfesten. Für jeden also bietet die Winterhilfe Gelegenheit, nicht nur mitzufahren, sondern auch mitzufahren.

Reu der Landesbahnenreform. In der Badischen Landesbahnenreform hat in Karlsruhe beginnt der erste Hebelmann-Ausführungstag am 1. Dezember d. J. Redungen sind bis zum 10. November an die Direktion der Anstalt zu richten. Entlohnung und nähere Anweisungen erfolgen 8 Tage vor Antritt. Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß durch die Verstaatlichung des bisherigen Ludwig-Wilhelm-Frankenheims und seine Erweiterung als Bahnenreform die fernlären Aufgaben der Anstalt in keiner Weise beeinträchtigt werden. Sie wird auch in ihrem finanziellen Gewande genau wie bisher allen Schichten der Bevölkerung als Entbindungsanstalt und Trauungsdienstbar bleiben.

mit Gefängnis we- s, Minderer und einem Fall sprach wegen Hochverrats.

Weldungen.

Zur Behebung des Direktorium eine in Griechisch-Mas- ist es zunächst ge- Griechisch-Maschinen revolutionären Be- 22 Hauptleuten en hat serbisches Ge-

er in London. Nach on ist der frühere rang B. Kollog zum ernannt worden.

n Leben.

Beamtenabbau.

Die Beamtenabbau- rung hat sich kürzlich Frage des Beamten- auf bezügliche Verant- der Verwendung enge. Ein befan- bilden die hier 65 te n. Ihnen kann onats zum anderen e Maßnahme schen , weil sich die ber- treue Kräfte er- verfeinerten Be- Erfahrungen gemäht. Verordnungen die- rung erfolgen. Die rdnung gelten nicht an auch für die An- veränder, sowie die der Entlassung ber ce das Familienver- entscheide aber Die Ausführun- g der Reichsregie- Die Dinge werden n acht die hier 65 en. Erst wenn dann der Beamtenapparat hrieben sind, werden Frage kommen.

e erst in der

tsbüchern noch nicht

en, die am gestrigen a zwischen den be- ern der Spitzenver- haben, wurde tereits des Reichs- erte feststän- ge: Lohnzahlung aus- Woche noch nicht der kommen den ringer Anstieg der ausgeführt werden übrigen Bezugszahl- ch kann noch einige un sich naturgemäß dem die Herrlichkeit lisch ist. Dabei ist hlungsmittel eines bedürfen und daher schränkungen un- ter- ein einzig, daß die angriffsmittel zu hswegen möglich ist insbesondere das einbüchere vorgehen erfordern für Verrechnung der angestiegene Mä- rung. Die Beschre- ungen Wirtshaus un- tischen Arbeitgebe-

erforschung.

die der Verech- Sozial- und Klein- betragen nach dem 100 Mark und nach 5 Millionen Mark

leien mit dem Re- nommen war es zu geföhlen. Wie ar wie ein Zettel- arbeit verläßt- die sie ergafft, sie die in der Weite, moahrheit ihr un-

äume die Nachrich- So ähnlich hatte gelesen. Weinen vergewisselt, nein- ? Nein!

e: Würde sie ihm den Würde, heute den Kopf zwischen durchbedender Ge- Würde Bedeutung nicht, wenn alles Gtern, die Aus- Einigkeit im Glau- ebe, die Berge zu absteile — er, ist laut in die Sta-

et, sie wünte Be- zucht zurückhaltend rtsetzung folat.)

Eure Presse!

Die Dummheiten, die in der Pfalz drüben sozialistische Führer gemacht und die ihnen mit Recht den Vorwurf des Landesverrats zugezogen haben, werden von den Deutschnationalen selbstverständlich weidlich ausgenutzt. Aber man merkt die Absicht und wird verstimmt. Wir hätten z. B. den bayerischen Staatskommissar von Kahr für weniger dummp behalten, als daß er sich zur Nachfertigung seiner Stellung zur Reichsregierung darauf berief, in der Reichsregierung befänden sich ebenfalls Leute jener Partei, der der pfälzische Reichstagsabgeordnete und Unterhändler mit dem französischen General de Metz angehört; und mit einer solchen Regierung verhandle er nicht. Dieses doch recht faden-scheinige Argument benützen die Deutschnationalen, um eine neue Regierungskrise und eine sozialistenfeindliche Regierung herbeizuführen. Daß darüber wieder kostbare Zeit und manches Vertrauen verloren, die Verhältnisse in Deutschland aber in keiner Weise fester würden, daran liegt diesen Leuten nichts, die nur darauf ausgehen, aus einem Chaos zu profitieren für ihre Zwecke. Die ganze Situation ist doch in Deutschland die, daß bald rechts bald links landesverräterische Exzesse verübt werden und daß man sich dann rechts und links darauf beruft, nur Gutes oder das Beste gewollt zu haben. Der Kapp-Zug nach rechts, die Hebe gegen Erzberger und Mathenau — um nur diese Namen zu nennen — von rechts, die zum Nord der beiden uns so notwendigen politischen Talente führte, waren mindestens so schlimm, wie das was offenbar in brennendem persönlichen Ehrgeiz gegen die sozialistische Abgeordnete Soiffmann getan hat. Und dabei steht ohne jeden Zweifel fest, daß die Arbeitererschaft in der Pfalz und im Rheinland, die sozialistische und christliche, die Gewerkschaften, die freien und die christlichen, den allergrößten Eifer im Kampf gegen jeden Separatismus entwickeln und von jeher entwickelt haben. Warum jaagen Kahr und seine deutschnationalen Nachbeter nicht, daß in der Berliner Reichsregierung Leute derselben Partei sich befinden, deren Angehörige im Rheinland so energisch gegen die Separatisten auftraten? Wir sagen das deshalb, weil die unzulässige Einseitigkeit und Unberechtetheit, mit der diese Politik für ihre Ziele föhrt, dazu reizt, an diese doch vor aller Welt klar liegenden Tatsachen zu erinnern, um ihre Unzulässigkeit für jedermann klar zu machen.

Und man täusche sich auf keiner Seite! Auch in der bayerischen Volkspartei nicht, soweit sie auch Ideen und Gebanten verkörpert, die das Zentrum mit ihr teilt! Man liest in deutschnationalen und rechtsradikalen Wählern in den letzten Tagen wiederholt die schlimmsten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, aber auch gegen die Zentrumspartei. Der bayerische Wälische Beobachter brachte vor etwa drei Tagen einen Artikel, in dem eine Reihe von gefälschten Zentrumsabgeordneten verdächtigt wurden, die Postämterbestimmungen der Rheinlande gewissenlos zu fördern, um damit selbstsüchtigen Interessen zu dienen; genannt wurden u. a. die Zentrumsabgeordneten Kautzsch und von Guérard. Im Straßburger Tageblatt Nr. 262 vom 23. Oktober ist die Rede von einer Versammlung von Rheinländern aller Parteien in Mainz, die, nachdem während der Debatten die Deutschnationalen unter Protest sich entfernt hätten, in Anwesenheit und im

Alkoholvergiftung. Am Sonntag nachmittags fünf Uhr wurde von Spaziergängern im Durlacherwald beim Riffelsch ein Gelegenheitsarbeiter von hier in betrunkenem Zustand aufgefunden. Als die Person be- nachrichtigte Durlacher Polizei ihn abholen wollte, war der Tod schon eingetreten.

Unfall. Durch Bruch der Lenkstange an seinem Fahrrad erlitt am Samstag vormittag ein verheirateter Automobilbesitzer von hier eine Knieverletzung und Schienbeinfraktur. Er stürzte mit der Brust auf den abgebrochenen Teil seines Fahrrades, was sich eine Lungenentzündung zu und mußte ins neue St. Vinzenz-Krankenhaus aufgenommen werden.

Diebstahl. Bei einem hiesigen Kellerdiebstahl fielen den unbekanntem Tätern in der Nacht vom Freitag auf Samstag 25 Liter Salatöl, 25 Tafeln Eistoff, 60 Pfund Margarine, Rauchfleisch, 8 Flaschen Wein, 100 Eier und 22 Pfund Käse in die Hände.

Eine Riese im Werte von 500 Milliarden wurde durch unbekanntes Täter in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in einem Grundstück in der Angartenstraße abgebrannt und entzündet.

Spende. Ausländische Kunstfreunde haben dem Oberbürgermeister den Betrag von 500 holländischen Gulden zum Zwecke der Wiederherstellung des ersten diesjährigen Symphoniekonzerts des Landes- theaters für solche künftliche Werke zur Verfügung gestellt, denen die Mittel zum Besuch der regelmäßigen Konzerte fehlen.

Verurteilung. Von den Beamten der Nahrungsmittelnachricht Korlsruhe vorm. Stad u. Neu feierte gestern der erste Erpedient, Herr Karl Wieland, sein 25jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß wurde er von der Direktion besonders geehrt und durfte von seinen Kollegen und Vorgesetzten reichliche Geschenke und Glückwünsche entgegennehmen. Der Nahrungsmittelnachricht Oberbürgermeister ist ebenfalls 25 Jahre dazulieft beschäftigt und wurde in der gleichen Weise von der Firma und seinen Mitarbeitern beglückwünscht und durch Belohnung eines Diploms geehrt.

Durch die Vorkriegszeit gelangten zur Anzeige vier Personen wegen unerlaubten Handels, darunter zwei mit Karosellen, eine Person wegen Vergehens gegen die Devisenordnung, 10 Landeshaber bzw. Händler wegen Zuwiderhandlung gegen die Preisausschlagsvorschriften, 20 Personen wegen Vergehens gegen die Vorkriegsbestimmungen, darunter eine Zimmermeisterin, die für ein möbliertes Zimmer an Septembermiete das doppelte des angemessenen Preises forderte, ein Kaufmann, der für einen Krugenteller 625 Millionen Mark nahm, während ein Preis von 480 Millionen Mark angemessen gewesen wäre, und eine Händlerin von hier, die für Obst Lieferpreise nahm; letztere wurde dem Richtergericht vorgeführt.

Wer sind die Eigentümer? Bei der Kriminalpolizei hier ist eine Anzahl Fahrräder, darunter Marke C. G. A. Berlin, Luxus, Opel, die in der Zeit vom November 1922 bis 14. August 1923 in hiesiger Stadt gestohlen wurden und deren Eigentümer bis jetzt nicht ermittelt werden konnten. Die Fahrräder können auf dem Büro der Kriminalpolizei jederzeit angesehen werden.

Die Ausgabe der Badenmark. Die Badenmark, das wertvollste Geld des Landes Baden, ist schon dem Verfall übergeben worden, indem einzelne Karlsruhe- Betriebe dadurch in der Lage waren, das Gehalt ihrer Angeestellten bereits werbeständig auszugeben. Die Badenmark ist ein Papiergeld in der Größe des bisherigen 500 Millionencheins auf weißem Papier mit blauem Grundton und trägt die Aufschrift: „Goldschonungswert des Landes Baden über 420 M. Gold = 1 Dollar (Nordamerika)“. Das Land Baden zahlt am 2. Mai 1927 an den Inhaber dieser Schonungswert deren Nennwert von 420 Mark Gold nebst Zinsen, zusammen 490 M. Gold, nach den umstehenden Bedingungen zurück. Karlsruhe 23. Okt. 1923. Badische Staatsbankverwaltung. Die Rückseite enthält die Bestimmungen über die Rückzahlungen.

Veranstaltungen.

Landestheater. Wie bereits bekannt gegeben, gelangt am Sonntag, den 4. Nov., Mozarts „Don Juan“ neu- einstudiert zur Aufführung. Die Titelpartie singt Herr Wepprecht. In den übrigen Partien sind beschäftigt die Damen Brüggenmann v. Ernst, Kys, sowie die Herren Glatz, Renwig, Wabbe und Dr. Wucherpfennig. Beginn der Vorstellung halb 7 Uhr.

Apollotheater. Der in Amerika mit Riesenerfolg gefeierte Mangel, der mit seinem sensationellen Kopfstand auf den Wollentagern großes Aufsehen erregte, wird ab 1. November im Apollotheater seine sensationellen Kopfläufe und Sprünge vorführen.

Dr. Colin Ross wird in den nächsten Tagen bei den Badischen Lichtspielen einen Filmvor- trag über seine Zentralasiatische Reise halten. Den dabei zur Vorbereitung kommenden Film hat er selbst teilweise unter Überwindung allergrößter Schwierigkeiten aufgenommen und zeigt darin Bilder aus der bunten Welt des innerasiatischen Orients, die bis dahin noch niemandes geschildert waren. „Unsere Zukunft liegt im Osten“, sagt Dr. Colin Ross. Bei vielen asiatischen Stämmen hat der Deutsche heute Schwestern. Sie handelspolitisch auszunutzen, wird eine wichtige Aufgabe der Zukunft sein. Ueber die seiner Reise gemanneten Einblicke politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art wird Dr. Colin Ross berichten.

Liedersabend Heinrich Schumann. Heute Dienstag, den 30. Oktober, findet im großen Festsaal, abends 8 Uhr, der Liedersabend des berühmten Baritons Heinrich Schumann statt. Es sind noch Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, und an der Abendkasse erhältlich.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 29. Okt. (Börsenzeitungsbild.) Die ausländischen Zahlungsmittel, sowie die wertbestän- digen Anleihen lagen bei Beginn der neuen Woche nicht sonderlich fest. Die erhebliche Steigerung des Marktwertes an der New Yorker Börse, der nicht ungünstige Stand der Verhandlungen zwischen den Automobilindustriellen und den amerikanischen Verbänden, die Nachrichten über eine amerikanische Getreideleihe für Deutschland und die energische Haltung der Reichsregierung gegenüber Sach- sen ließen die allgemeine politische Lage eher etwas günstiger erscheinen. Die Möglichkeit einer neuen Kabinetskrise wird von der Börse nicht als ungünstiges Symptom betrachtet, da man hier von einer weiteren Klärung der Verhältnisse sich verspricht. Alle diese Faktoren rufen im Zusammenhang mit der noch immer nicht behobenen Geldknappheit eine starke Zurückhaltung an Markte der ausländischen Zahlungsmittel hervor. Es zeigte sich sogar ein ganz geringes Angebot. Die Reichsbank konnte deshalb ohne große Mühe die Kurse regulieren. Goldanleihe im freien Verkehr 64-65. Der Effektenmarkt war anfänglich schwächer, später fest.

Der Wert der Silbermark. Der Ankauf von Reichs- silbermünzen erfolgt von heute ab zum siebenmilliarde- nfachen Betrag des Nennwertes.

Wannheimer Produktionsbüro vom 20. Oktober. Die Stimmung ist nach wie vor fest bei knappem Angebot. Bemerkenswert ist, daß sich heute wieder mehr Interesse für Auslandsweizen zeigte, da wieder infolge der gün- stigen Wasserfahrverhältnisse ein Preisstand erreicht hat, der als annähernd rentabel bezeichnet werden kann. Für Weizen verlangte man 320-350, für Roggen 290 bis 300, für Gerste 270-290, für Hafer 240-250 Mil- liarden Mark die 100 Kilo bahrfrei Mannheim. — Futtermittel sind nur wenig angeboten. Meie wird zu

90-105 Milliarden Mark die 100 Kilo offeriert, während in Malzweizen und Weizen nur spärliche Offerten vorliegen, weil die Malzereien und Weizenereien diese Rückstände nur in Unmengen gegen die Salzteuerung in Gerste abgeben wollen. — In Weizen sind die Weizen für Weizenmehl, Basis 0, zu 580 Milliarden Mark am Markte, während aus zweiter Hand zu 500 Milliarden Mark Angebote vorliegen. Für Roggenmehl werden direkt 450, aus zweiter Hand 425 Milliarden Mark für die 100 Kilo, bahrfrei Mannheim, gefordert.

Mannheimer Schlachthofmarkt. Zum Schlachthof- markt am Montag waren aufgetrieben: 84 Ochsen, 28 Bullen, 169 Kühe und Rinder, 92 Kälber, 17 Schafe, 169 Schweine. Bezahlt wurden pro Pfund Lebendgewicht in Milliarden Mark: Ochsen 1. Kl. 7-8, 2. Kl. 6-7, 3. Kl. 5-6, 4. Kl. 4-5; Bullen 1. Kl. 6-7, 2. Kl. 5-6, 3. Kl. 5-5, 4. Kl. 4-5; Kühe und Rinder 1. Kl. 7-8, 2. Kl. 6-7, 3. Kl. 5-6, 4. Kl. 4-5; Kälber b 7-8, c 6-7, d 5-6, e 5-5; Schafe a 5-6, b 4-5, c 3-4. Schweine wurden nicht notiert. Markterlauf: mit Großvieh mittelmäßig, geräumt; mit Kälbern lebhaft aus- verkauft; mit Schweinen mittelmäßig, geräumt.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stahlpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksich- tigten notwendigen Spesen, wie Fracht, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewinnszuschlag erklärt.

Antliche Berliner Levenskurve, 29. 10. 23, mitt. 2 Uhr.

Table with columns: Geld, Brief, Spanien, Geld, Brief. Lists exchange rates for various locations like Amsterdam, Brüssel, London, etc.

Die Kurse verstehen sich für 100 Millionen.

Table with columns: 26. 10. 23, 29. 10. 23, 28. 10. 23, 29. 10. 23. Lists market prices for various commodities like Hapac, Lloyd, Dresd. Bank, etc.

Obstbaumbestellung. Die Fruchterhebungen er- scheitern den Bezug von Obstbäumen in einzelnen der- art, daß viele Interessenten von der Beschaffung und An- pflanzung zurückgehen und diese wertbeständige An-

lage unterlassen. Die Landwirtschaftskammer hat des- halb Gelegenheiten geboten, benötigte Obstbäume und Beerenerzeuger an Ort und Stelle, unter Umgehung von Unkosten für Fracht und Verpackung, zu erhalten. Näheres ist aus der Anzeige ersichtlich.

Wirtschaftszahlen.

Dollar am 29. Oktober 64 838 Geld; 65 162 Brief. Goldmark am 29. Oktober 15 514 761 905 Papiermark. Goldanleihe 65 Milliarden. Dollarschatzungsverkauf 79 Milliarden. Bad. Einzelhandel: 16 (Vorlag 16 Milliarden). Karlsruher Feuerungszahl (mit Vorkauf): Stich- tag 22. Okt.: 4 625 807 768 (Vorwoche 768 618 895). Badische Landesindusztrien (mit Vorkauf): Stich- tag 22. Okt.: 4 836 805 634 (Vorwoche 708 504 498). Badische Landesindusztrien (ohne Vorkauf): Stich- tag 22. Okt.: 3 862 611 504 (Vorwoche 583 628 643, 12). Reichsindusztrien: Stichtag 22. Okt.: 2045 Mill. (Vor- woche 691,9 Mill.). Großhandelsindusztrien: Stichtag 22. Okt.: 14 600 Mill. (Vorwoche 1093 Mill.). Goldwährungsrechnung für die Reichsstaaten: 15 Mil- liarden.

Mittelbadiische Brauereien: ab 30. Okt.: Ausstanz- preis für 0,3 Liter Lagerbier 2 160, Exportbier 2 700 (70), Flaschenbier für Private 0,7 Liter Lagerbier 4 600 (161), Exportbier 5 700 (161) Mill. M. Die Zahlen in Klammern bezeichnen den Umschlag für Gemein- debiererei.

Badischer Gastwirtsverband: 1/4 Liter neuer Weiß- wein 5 Milliarden, Rotwein 6 Milliarden; 0,8 Liter Lagerbier 1,8 Milliarden, 0,8 Liter Exportbier 2,2 Mil- liarden; Essen in Kleinbetrieben 16 Milliarden, in Mittelbetrieben 14 Milliarden.

Badische Hotelindustrie: 15 Milliarden. Eisenbahn: Perzentuar: 6 Milliarden; Gütertarif: 12 Milliarden. Amtliche Güterbestimmungen der R. V. D. Karlsruhe: Grundtarif: doppelte Durchschn.-Freidensätze; Schluß- tarif: ägl. ermäßigt. Doll.-Goldmarkkurs (Berlin, Geld).

Badische Landesbühnen: für 30. und 31. Okt. 6, für 1., 2. und 3. Nov. 8, für 4. Nov. 10 Milliarden. Schlußsatz des Vereins deutscher Zeitungsbetriebe für Anzeigenaufträge: 18 Milliarden.

Spiele und Sport.

Deutsche Jugendkraft — Gau Mittelbaden. Festschluß der Verbände.

Sonntag, den 28. d. M., trafen sich auf dem Mittelstadt- platz zum fölligen Verbandsspiel Karlsruhe-Görsdorf — Karlsruhe-Mittelstadt. Das Spiel, das mit 0:2 für M. endete, zeigte oft eine unruhige Schärfe bei Verbands- spielen leider eine fast alltägliche Erscheinung. Karlsruhe- Mitte während des ganzen Spiels leicht überlegen, stellte seinen Sieg durch zwei vom Mittelstädter stark ge- schlossene Tore sicher und ließ sich auch durch die öfters zum Durchbruch kommende Energie Görsdorfs nicht betören. Die Hintermannschaft des Vospererins, Käuferreihe enga- gierten, zeigte sehr gute Leistungen, die das Stürmer- Quartett zur Nachschaffung anreizten, was aber nur hier und da im gewünschten Maße gelang. Görsdorfs Sturm reich- lich unruhig und zerfahren, verbot sich gegen die Ver- teidigung der Rot-Schwarzen nicht durchzusetzen. Die Unterstützung vonseiten der Käuferreihe ließ mit Ausnahme des Mittelstädters manches zu wünschen übrig. Ver- teidigung und Torwart auf der Höhe. Der Schiedsrichter, aufs beste amtierend, war jederzeit Herr der Lage.

Vorausichtliche Bitterung bis Mittwoch- 31. Oktober, nachts: Großenteils noch heiter und vorfrö- troden, nachts sehr kühl. Stellenweise Nachfröhen am Tage mild. Längerer Bestand der Bitterung noch nicht gesichert.

Wasserstände des Rheins am 30. Oktober: Schiffermil 192 (gef. 8), Neßl 318 (gef. 14), Ragau 524 (gef. 34), Mannheim 471 (gef. 22).

Ämliche Anzeigen.

Die Feldbereinigung im Ge- weant Archwiesen auf Ge- markung Leopoldshafen betr.

Das Kulturamt Karlsruhe hat den Antrag gestellt, auf Gemarung Leopoldshafen im Ge- weant Archwiesen eine Feldbereinigung nach Maßgabe des Feldbereinigungsgelezes und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften durchzuführen. Die Vorarbeiten für das Unternehmen sind vom Kulturamt Karlsruhe gefertigt und liegen vom 23. Okt. 1923 bis einchl. 12. Nov. 1923 auf dem Rathaus in Leopoldshafen zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer auf.

Zugfahrt zur Abstimmung über das Unter- nehmen wird hiermit anberaumt auf Samstag, den 24. November 1923, nachm. 3 1/2 Uhr in das Rathaus in Leopoldshafen. Hierzu werden sämtliche beteiligten Grundeigentümer zur Vor- bringung etwaiger allgemeiner oder besonderer Erinnerungen und Anträge, sowie zur Abstim- mung über die Ausführung des Unternehmens mit dem Bemerken geladen, daß die Nicht- ersehenden und die Nichtabstimmenden als dem beantragten Unternehmen nach dem vorgeschlagenen Plan und den etwa in der Zugfahrt — unbes- chadet der Hauptgrundzüge des Entwurfs — be- schlossenen Änderungen des Planes bestimmend angesehen werden, und daß in der gleichen Zug- fahrt die Vereinbarung über die Maßgabe der Mit- glieder der Vollzugskommission festzulegen ist. Etwaige Anträge auf Befreiung von Steuern, Abgaben, die in dem Verzeichnis der beteiligten Grundeigentümer aufgeführt sind, sind spätestens in der Zugfahrt und zwar vor Beginn der Abstim- mung zu stellen.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1923. D.-J. 120. Bezirksamt Abt. II.

Die Bildung der Wassergewer- schaft Archwiesen auf Gemarung Leopoldshafen betr.

Es ist bei uns der Antrag gestellt worden auf Bildung einer Wassergewerkschaft für die in Privatbesitz befindlichen Abwasserleitungen auf Gemarung Leopoldshafen, die in die mit Karlsruhe Abwasser auszuführende Wasserver- einigung einbezogen werden. Der Antrag mit dem dem gehörigen Vorarbeiten liegt vom 29. Oktober 1923 bis einchl. 12. Nov. 1923 auf dem Rathaus in Leopoldshafen öffentlich auf.

Zugfahrt zur Abstimmung über das Unter- nehmen ist auf Samstag, den 24. November 1923, nachmittags 3 1/2 Uhr in das Rathaus in Leopoldshafen anberaumt. Bei der Abstimmung wird das Stimmengewicht nach der Flächen- gröÙe der beteiligten Grundstücke bzw. Grund- stücksanteile berechnet; auf 1 qm Fläche kommt eine Stimme.

In der Abstimmungszugfahrt können auch Dritte, deren Rechte im Interesse durch das Unter- nehmen berührt werden, ihre Einwendungen gegen- über machen und zur Erörterung stellen. D.-A. 122.

Dixie Henkel's Seifenpulver advertisement with logo and text: 'das Seifenpulver für jedes Warchverfahren. Größte Ergiebigkeit!'

Änderung der Getränkesteuerordnung. Durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 19. Okt. 1923 ist mit Staatsgenehmigung vom 25. Oktober 1923 die Getränkesteuerordnung der Stadt Karlsruhe geändert worden. Ein Abdruck der ab 1. Nov. 1923 gültigen neuen Fassung ist an der Verbandsleitung in Karlsruhe ange- schrieben, außerdem beim hiesigen Steueramt, Fähringerstr. 98 I (Verlag 8-12 Uhr) zur Ein- sicht offen gelegt. Dasselbe werden auch Adressaten gegen Kostenerstattung abgegeben.

Brotmarken. Für die Woche vom 30. Okt. bis einchl. 5 Nov. ds. Js. sind die Marken Nr. 5 und 6 für je 700 Gramm Brot gültig. Karlsruhe, 23. Okt. 1923. Der Oberbürgermeister

Druckarbeiten. jeder Art : liefert rasch und billigst. Buchdruckerei BADENIA Karlsruhe, Adlerstr. 42

Passbilder. schnellstens und gut. Atelier Rausch & Postel Erbsprinzenstr. 3.

Wir haben eine besondere Abteilung für den An- und Verkauf von werbeständigen Zahlungsmitteln und Anleihen. errichtet; der Eingang zum Kassen- und Schalter- raum hierzu befindet sich Friedrichsplatz 1 Bankhaus Straus & Co.

Konzerthaus Badische Lichtspiele. Ab heute 8 Uhr abends Film-Vortrag Dr. Colin Ross Zentralasiatische Reise. Siehe Plakatsäulen.

Trauerhüte in jeder Preislage S. Rosenbusch Kaiserstrasse 137 am Marktplatz Telefon 3065

Nur tüchtige zuverlässige Personen zum Einziehen des Abonne- ments sofort gesucht. Badenia Verlag und Druckerei Karlsruhe Adlerstraße 42.

St. Konrads- Kalender 1924. Unter heimat- und Diözesankalender, der in keinem Hause fehlen darf! Grundpreis 15 Pfg. Jeweil. Schlüsselgabe

Zu haben in den Buch- handlungen, bei den Anleihenverkaufern u. unsern Agenten. Badenia Karlsruhe Verlag und Druckerei.

Metallbetten. lahmtraten, Kinderbetten. direkt an Private, Katalog 748. Carl. Eisenmöbelfabrik. Sehl i. Thür.

Bad. Landestheater. Dienstag, 30. Okt. 6 1/2 -g. 10 Uhr. Sp. I. 4.50 Abon. A. 7. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-300. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.

Bücher. Ich bin katholisch! Von Robert Mäder. Zweite Auflage. 6. bis 8. Tausend. 1 M. Grundpreis. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg. Die erste Auflage dieser ausgezeichneten, höchst zeitgemäÙen Schrift, die wir erst vor einigen Wochen besprochen und empfohlen haben, war schnell vergriffen. Man kann dem Verlag nur dankbar sein, wenn er trotz der Schwierigkeiten gleich einen Neudruck veranstaltet, denn die Verbreitung dieses Wertes ist ungemein wichtig. Das gläubigste Büchlein füllt eine Lücke aus, die wir gerade in der Zeit der Wankelmütigkeit noch empfinden haben. Ein so würdiges, unmittelbar aus der gläubigen Seele sprühendes Be- kenntnis hat uns schon lange Zeit not, besonders im Zeitalter der Halbheit und Verwirrungslage.

Dr. Walter Nothjes, „Die Kunstpflege der Wittelsbacher“. 172 S. Verlag Dr. Franz A. Pfeiffer u. Co., München. Grundpreis 4 M.

Nein unpolitisch, nur kunst- und kulturhistorisch will der Verfasser des Wertes all das verdeutlichen, was die Wittelsbacher für die Kultur- welt geleistet haben. Mit Wiefener hat er all das gesammelt, was an Kulturleistungen der Wittelsbacher überhaupt anzuführen ist. Ist eine Perle der Kunst an die andere gereiht, hat alles zu einem ge- schlossenen Ganzen zusammengetragen, das uns ein breites, festes Zeugnis ablegt von einer herrlichen Entwicklung und gleichsam noch mütig hineinkragt in eine Zeit, die uns nicht nur von einer wirtschaft- lichen und machtpolitischen Höhe herabgeschleudert hat, sondern die auch das noch zu zerstören droht, was Deutschland wahrer Größe her- war und noch ist: Sein hochentwickeltes, kulturelles Leben. Da ist a- ber Gedanke, der sich wie ein fester Faden durch die ganzen Aus- führungen des Verfassers zieht, daß die Unvergänglichkeit der von den Wittelsbädern geschaffenen, künstlerischen und kulturellen Leistungen ist, das geistige Verken in diese Werke, aus denen wir jene Kraft schöpfen können, die uns aus tiefer Erniedrigung wenigstens moralisch wieder in die Höhe führen können.

Jesus, der göttliche Jüngling. Ein Buch zur Jugendbewegung von Franz X. Krer. Regensburg 1923. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Gehet 80 Pfg. Grundpreis. Wir hoffen alle, daß Deutschland eine neue Wäite, eine neu Jugend erleben werde. Hierzu will dieses treffliche Büchlein beitragen. Ziel und Ideal jeder christlichen Jugendbewegung muß Christus sein. Von diesem Gedanken geleitet, hat der bekannte Verfasser den Reich- des Evangeliums über das jugendleben Jesus zu Regensburg in zwei knappen Kapiteln bearbeitet und unsere jungen Leute zur Beher- zung und Nachachtung vorgelegt. Es handelt sich hier in der Tat um ein überaus zeitgemäßes Schriftchen, das so kurz und gebiegen durch- geführt ist, wie es am besten für unsere Jünglinge paßt. Es kann allen, die sich für die Jugendbewegung interessieren, mit gutem Ge- wissen aufs wärmste empfohlen werden.

Ankauf von Goldschmuck, Silber Gegenstände, Waagen, GefäÙe, Zahn 300 000 und mehr. R. Ziegler, Akademiestr. 28, Tel. 321

Erneu... Das ist das... lichen Lage, da... wir tun. In... Minister, bei... gegenüber dem... Reich ausgesel... Genoffenwende... Die Reichsregie... nach dem Artike... ist; denn, wenn... verfallend oder... Pflichten nicht... dazu mit Hilfe... Die Reichsregie... hat; Lieb Wilh... einen Sachsen,... dabei im einzele... nicht, aber Gem... fahren mit sich, ... äußern können... Sachsen hat nun... migkeiten im S... Zwar erklärten... kraschen Mitgl... Ausschüssen der... für eine Notwe... gegen die Verfat... warteten vor d... Reichs, das sie... hielten. Und als... erklärten sie, da... und sich mit ihr... ten; die Entfese... Reichstagsfraktio... rufen ist, treffen... Sozialdemokratie... nicht an, daß die... ständen an der M... stark genug sein... aufleben. Die jo... den fortwährend... den radikalen... müssen, sollen il... politisch denken... wir wahrscheinlich... rmasstrie, an de... als die Feinde d... Ten Hauptkause... tei bildet nicht e... sondern im Zus... geben gegen Ban... die Bayern gene... liebt wird. Man... Schwärze. Sach... gegen das arde... Man braucht jed... Es ist kein Jed... über Bayern von... gegangen ist. M... den Bayerischen... mer. Und ein... tifer, die der fr... Graf Kerckensfeld... Radikalismus sta... ler, die in der K... worden sein, ric... Energie gegen S... lo kann man das... nan in Berlin gl... zu sein, während... reines Gemissen... lügt die Reichsre... die Wiederberstel... standes gegenüber... andern Worten... Rossow und die... mens hat man ein... nicht V. Rahr Da... v. Krimling und... der Regierung fü... Verhältnisse ist... sehr darauf an... rung hält, da er... hat. Die Verziehn... werden vielmehr... durch Vermitteln... vertreten. v. Ra... in seinem Um el... Reichsregierung... lichen Streits wa...